

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. Dezember 1964

Blatt 3543

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wiens Wirtschaftsangelegenheiten =====

18. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde zuerst die Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Der Referent, Stadtrat Dr. Prutscher (ÖVP), führte aus:

"Die 189,490.500 Schilling Ausgaben der Verwaltungsgruppe X entfallen zu einem erheblichen Teil, nämlich mit 45,569.400 Schilling, auf den Allgemeinen Sachaufwand, weiter 31,162.100 auf das Beschaffungsamt und 9,442.800 auf die Bäckerei. Insgesamt ergibt dies einen Aufwand von 86,174.300, von denen man ungefähr sagen kann, daß sie als Treuhänder auch aller anderen Abteilungen ausgegeben wurden.

Die Zusammenstellung der Einkäufe durch das Beschaffungsamt ist zum Teil ein Spiegelbild der Preisentwicklung. Es ist eine Reihe von Artikeln angeführt, deren Preise gleich geblieben sind, bei manchen gab es Preissteigerungen, bei anderen Preisenkungen, hier wirken sich zum Beispiel auch vor allem das Stabilisierungsprogramm und die Zollsenkungen des Finanzministers aus.

Bei der Warengruppe II, bei den Textilien, spiegelt sich das Auf und Ab der Weltmarktpreise wider, während Sie in der Warengruppe III, bei der Preiserhöhung im Reinigungsgewerbe, bis zu 25 Prozent ein Spiegelbild der 'Konkurrenz um die Raumpflegerin' finden. Die gewerblichen Betriebe mußten auch die hohen Löhne nachziehen, die die privaten Haushalte bei der Direktbeschäftigung einer Bedienerin zahlen. Auch dort, wo es sich sonst um Reparaturen handelt, wirken sich Lohnregelungen entsprechend aus.

./.

Städtische Liegenschaften

Der Magistratsabteilung 57 obliegt die Verwaltung der städtischen Liegenschaften, der Stiftungsliegenschaften sowie der städtischen Gast- und Schankgewerbeberechtigungen, soweit diese nicht anderen Dienststellen vorbehalten ist.

Der Grundbesitz der Stadt Wien ist in Wien von 1,747.082,85 ar, und zwar der Alleinbesitz vom 15. November 1960, bis zum 15. November 1964 auf 1,827.621,13 ar, das ist um zirka fünf Prozent, gestiegen. Von der Gesamtfläche der Stadt umfaßt also der Grundbesitz, der von der Magistratsabteilung 57 verwaltet wird, zirka 30 Prozent von einem Gesamtgrundbesitz von 18.276 Hektar.

Um die Grundstücke rasch freimachen zu können, werden diese vielfach nur prekaristisch zur Benützung überlassen. Schwierigkeiten ergeben sich aus der Pachtschutzgesetzgebung mit den Pächtern verschiedener Grundstücke. Hier ist die Planung oft im Nachteil.

Andererseits aber ist es ein keineswegs unberechtigter Wunsch, daß seitens der Planung die landwirtschaftlichen Schutzgebiete entsprechend gesichert werden. Nur auf landwirtschaftlichen Schutzgebieten können Gärtner und Landwirte auch ihrerseits entsprechend planen, ihre Glashäuser errichten und ihren richtigen Beitrag für die Versorgung unserer Stadt erbringen.

Es ist zu hoffen, daß die Anlage Ebling - der ehemalige Habsburgerbesitz - recht bald hier den Gärtnern Wiens zur Verfügung stehen kann, die für diese Zwecke bereits eine Siedlungsgesellschaft gegründet haben. Die Stadt Wien hätte dadurch den Vorteil, in Hinkunft die Absiedlungen ohne Schwierigkeiten durchführen zu können.

Zur Verwaltungsgruppe X gehört auch die Verwaltung der meisten Gemeindegasthäuser, insbesondere jene, die durch die Eingemeindung verschiedener bisher selbständiger Gemeinden zu Wien gekommen sind. Die Verwaltung des Praters gehört hierher ebenso wie die des Rathauskellers, der derzeit in Renovierung begriffen ist, wie auch die neuen Ausflugsrestaurants, insbesondere das Bellevue, dessen Umsatz allerdings nicht den Erwartungen entspricht.

Eine Zukunftsaufgabe ist das Schloßrestaurant in Laxenburg, an dem gearbeitet wird. Wir hoffen, daß es im Frühjahr 1965 dem Publikum wieder zur Verfügung stehen wird.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 515, das ist rund ein Fünftel aller in Wien gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, im Zuge von 530 Betriebskontrollen überprüft. Es ist interessant, daß hierbei 1.052 familieneigenen nur 416 familienfremde Arbeitskräfte gegenüberstanden.

Die Inspektion der Betriebseinrichtungen und Betriebsmittel im Hinblick auf die unfallsichere Beschaffenheit zeigte den Erfolg, daß immer weniger Anlaß zu Beanstandungen vorliegt. Die Anzahl der Unfälle weist zwar nur geringfügige Schwankungen auf. Es ist aber erfreulich, daß die Schwere der Unfallsfolgen eine stetige Milderung erfuhr.

Die Wiener Landwirtschaft

In der Wiener Landwirtschaft sind in 2.894 Betrieben rund 6.000 Menschen tätig. Inclusive der Betriebe der Stadt Wien werden 76,46 Quadratkilometer (7.646 Hektar) Ackerland bewirtschaftet.

Man würde es nicht glauben, daß in Wien auf 51,74 Quadratkilometer Ackerland 1963 schätzungsweise 1.400 Waggons Körnerfrucht geerntet wurden und daß weiter 410 Waggons Zucker, nicht Zuckerrüben, sondern Zucker, erzeugt worden sind.

Hingegen hat der Kuhbestand von 1.455 Stück 1963 auf 656 Milchkühe abgenommen, weil besonders in der Stadt zu wenig Personal für die Stallarbeit vorhanden ist. Trotzdem betrug die Jahresproduktion an Milch noch 2.240 Tonnen. Der Jahresverbrauch an Milch in Wien beträgt 279,552.834 Liter. Durch die Eigenproduktion werden zirka 0,9 Prozent des Gesamtbedarfes der Wiener Bevölkerung gedeckt.

Die 10,1 Quadratkilometer Gartenland aber bringen jährlich eine Gemüseproduktion von 33.000 Tonnen, das sind 3.300 Waggons, ein Faktor für die Bevölkerung der Millionenstadt Wien, der besonders für internationale Krisenzeiten nicht wegzudenken ist. Der Gesamtbedarf der Wiener Bevölkerung an Gemüse beträgt 63.120 Tonnen.

Von den zahlreichen wasserrechtlichen Angelegenheiten ist erwähnenswert, daß die Motorisierung auch 'am Wasser' fortschreitet.

Wenn bei der vergangenen Budgetdebatte von 1.000 Motorbooten in Wien berichtet wurde, so haben nunmehr bereits 1.277 ihren Standort in Wien, davon 105 im öffentlichen Dienst.

Für und wider die Marktbindung

In der Marktbindung stehen stark gegensätzliche Standpunkte einander gegenüber. Diese resultieren aus grundsätzlichen Einstellungen für und wider eine solche Maßnahme und aus verschiedenen Interessentengruppen.

Es scheint notwendig, bei der Beurteilung dieser Maßnahme weder allein von Prinzipien noch auch von Interessentengruppen, sondern vom Nutzen einer solchen Maßnahme für die Versorgung der Wiener Bevölkerung auszugehen.

Die Befürworter der Marktbindung führen für diese an, daß vom Standpunkt der Veterinär-Polizei eine bessere Übersicht gegeben ist und damit auch eine bessere Kontrollmöglichkeit, ferner daß das gesamte Angebot auf den Markt kommt und dadurch eine bessere Preisbildung möglich sei.

Die Gegner der Marktbindung führen an:

- 1.) die einprozentige Kommissionsgebühr sowie die Kosten für das Schlachten, das zusätzliche Auf- und Abladen und zusätzliche Transportkosten verteuern das Fleisch.
- 2.) Durch die Schlachtung am Markt wird vielfach die Verwendung von frischem Fleisch (warmem Fleisch) für die Erzeugung der Würste verhindert.
- 3.) Durch die langfristigen Lieferverträge zwischen dem Fleischproduzenten, den Viehzüchtern und den Verarbeitern des Fleisches stellen sich die Viehzüchter auf eine bestimmte Qualität ein (das Schwein, das der Bauer selbst verzehrt, wird anders gefüttert, als das für den anonymen Markt bestimmte).
- 4.) Dadurch, daß die Marktbindung an der Grenze dieser Stadt endet, sind manche Betriebe besonders schlecht daran.

Für eine Beurteilung der Marktbindung und den unmittelbaren Nutzen für die Versorgung der Wiener Bevölkerung bieten sich die Zulieferungsergebnisse an.

Während der ersten Marktbindung, die 1962 bis 1963 eingeführt war, gab es zwar stärkere Zulieferungen, jedoch erfolgten diese teilweise infolge von zahlreichen Schlachtungen, die

durch die gleichzeitig grassierende Maul- und Klauenseuche bedingt war. Weiters gab es zu dieser Zeit sowohl in Österreich als auch in der Deutschen Bundesrepublik eine starke Dürre. Infolge Futtermangels mußten zahlreiche Tiere geschlachtet werden. Dies brachte gleichzeitig ein Absinken des Exportes als auch ein Ansteigen des Inlandsangebotes.

Bei der derzeitigen Marktbindung gibt es ein zu geringes Angebot an Rindern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die übergroßen Schlachtungen während der vorerwähnten Dürre vor zwei Jahren - der sogenannte 'Kälber-Mord' - jetzt erst im Hinblick auf das Schlachtvieh auswirken und international ein zu geringes Angebot vorliegt. Weiters auch darauf, daß die Oststaaten in westlichen Ländern zum Beispiel in der Deutschen Bundesrepublik einen sehr ertragreichen Absatzmarkt gefunden haben und das Angebot auf dem österreichischen Markt nicht groß genug ist.

Auf dem Sektor der Schweine ist das Angebot gestiegen. Hier ist nicht nur das ausländische Angebot etwas besser, sondern auch die inländische Schweineaufzucht, die bekanntlich viel rascher vor sich geht als die der Rinder, hat sich gebessert. Wir haben zwar noch lange nicht den sogenannten 'Schweine-Berg', aber die Versorgung ist schon bedeutend günstiger.

So kann man die Marktsituation völlig unabhängig von der Marktbindung erklären, die nach dieser Argumentation, die ziemlich einleuchtend erscheint, praktisch keinen Einfluß ausübt.

Eine exakte und genaue Beurteilung der Folgen der Marktbindung erscheint nach dem derzeitigen Stand schwer möglich. Die angeführten Argumente sprechen aber eher dafür, daß die Marktbindung für den Konsumenten kaum eine Erleichterung bedeutet. Meine persönliche Ansicht ist, daß die Marktbindung - wie immer man zu ihr aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen stehen mag - als eine halbe Maßnahme wirkungslos bleibt und sozusagen die Nachteile zweier Wirtschaftssysteme in sich vereinigt, solange es sich um eine Maßnahme handelt, die nicht für ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet angewandt wird.

Auch an diesem Beispiel müssen wir uns wieder darüber klar sein, daß die 'Region Wien' nicht an den Grenzen Wiens endet. Es erscheint kaum möglich, wirtschaftspolitische Maßnahmen einer solchen Art allein für Wien zu treffen, weil man dadurch den

Wiener Betrieben Nachteile aufbürdet, die die Betriebe wenige Kilometer weiter nicht haben und auch die Überwachbarkeit außerordentlich erschwert. Weiters erscheint es auch unwirksam, solche Maßnahmen kurzfristig abzuwechseln. Auch das führt wiederum dazu, daß man die Nachteile beider Wirtschaftssysteme miteinander kombiniert.

Also abgesehen von der Frage, ob eine Marktbindung überhaupt zweckmäßig ist, halte ich sie unter den gegebenen Umständen lediglich für eine Alibi-Maßnahme, die dem Konsumenten zeigt, daß man bemüht ist, etwas zu tun, der praktische Nutzen sich aber nicht einstellt.

Kann man die Preise beeinflussen?

Überprüfen wir einmal am Beispiel der Fleischpreise, welche Möglichkeiten im allgemeinen zur Einflußnahme auf die Preise bestehen. Dies auch am Beispiel aus anderen Gebieten. Welche Möglichkeiten bestehen zur Einflußnahme auf die Preise?

1.) Wir haben amtliche Preisregelungen, die gleichzeitig hohe Stützungsbeträge aus Steuermitteln erfordern.

2.) Maßnahmen, wie sie kürzlich der Finanzminister durch Zollbegünstigungen traf, die bei einer Reihe von Waren Preisermäßigungen mit sich brachten.

3. Forcierung von Einfuhren, um den Preis im Inland zu drücken. Diese Einfuhren finden wie erwähnt ihre Grenze darin, daß sehr kaufkräftige Staaten - wie zum Beispiel die Deutsche Bundesrepublik - auf dem Weltmarkt als preissteigernde Konkurrenz auftreten. Das Stabilisierungsprogramm will diese Möglichkeit nutzen.

4.) Weiters führt auch bei den Lebensmitteln, die nicht subventioniert sind und der freien Preisbildung unterliegen, das Marktamt der Stadt Wien laufend Überprüfungen und Preiskontrollen durch. Dies auf Grund der Bestimmungen des Preisregelungs- und des Preistreibereigesetzes.

Sind Preise als 'offenbar übermäßiges Entgelt' anzusehen, so können sie beanstandet werden. In jedem einzelnen Fall muß geprüft werden, ob ein gefordertes Entgelt den Preis erheblich überschreitet, der für Bedarfsgegenstände der gleichen Art und Beschaffenheit am Ort des Verkaufs. im ordentlichen Geschäfts-

verkehr jeweils üblich ist. Unter anderem konnte laut Bericht des Marktamtes festgestellt werden, daß die Handelsfirmen die gewährten Zollbegünstigungen in allen Handelsstufen dem Verbraucher als Preissenkung weitergegeben haben.

Sogenannte "Gusto-Stückln"

Bei den Fleischpreisen ist es ein preiserhöhender Faktor, daß die sogenannten 'Gusto-Stückln' der verschiedenen Tiere nur einen kleinen Teil des Lebendgewichtes beziehungsweise auch des Fleisches, das aus der Schlachtausbeute gewonnen wird, darstellen. Dieser geringe Teil an sogenannten Gusto-Stückln trägt immer die ganze Preiserhöhung und erscheint als Kennzeichen der Preiserhöhung, während anderes auf den Märkten schwer verkäuflich ist.

Steigende Fleischpreise führten schon im Jahre 1951 einmal dazu, daß die Fleischhauer selbst den Konsumenten einen teilweisen Käuferstreik empfohlen haben, um die Fleischpreise zu drücken. Genützt hat es nichts. Im vergangenen Sommer und im Herbst kam es wieder zu den bekannten Fleischpreissteigerungen. Alle die Maßnahmen, die ich oben geschildert habe, blieben praktisch wirkungslos und wieder haben die Verarbeiter, haben die Fleischhauer an seine Majestät den Kunden appelliert. Neben einer Probezerfällung, die zeigen sollte, wie wenig an Gusto-Stückln von einem Rind und einem Schwein anfällt, wurden Rezepte ausgegeben und ein Probekosten veranstaltet, um einen gezielten Einkauf der Hausfrau zu erleichtern.

Das Marktamt bemüht sich durch umfangreiche Wochenberichte die Marktsituation der breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben. Leider Gottes werden diese wichtigen Hinweise für den Konsumenten viel zu wenig beachtet. Die Erhebungen der Preise durch das Marktamt ~~wurden~~ bei standortgebundenen Betrieben in allen Bezirken Wiens - zum Beispiel für die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren in zehn Prozent aller Wiener Fleischerbetriebe - vorgenommen. Sorgfältig ausgewählte Unternehmen geben ein objektives Bild.

Die Lebensmittelpolizei

Die Lebensmittelpolizei führt ihre Voruntersuchungen in Form von Qualitätsprüfungen von Brot, Gebäck, Wurstwaren, Wein, Pilzen sowie von diversen Lebens- und Genußmitteln durch, von denen Proben sowohl in einzelnen Betrieben als auch bei Importen gezogen werden. Wenn Verdachtsmomente vorliegen, werden diese Proben an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung übersandt.

Große Schwierigkeiten bereitet es dabei, daß der Lebensmittel-Codex noch immer nicht novelliert ist. Die Codexkommission arbeitet seit Jahren nicht mehr, eine Reihe ihrer Mitglieder ist bereits verstorben, und am 22. Februar 1963 hat sie sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Wir arbeiten also auf einer gesetzlichen Basis, die aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammt und vielfach überholt ist.

Leider haben wir auch noch immer keine Hygieneverordnung. Bei der derzeitigen Rechtslage muß man erst nachweisen, daß Lebensmittel verdorben oder verschmutzt sind. Wenn man bei der Lagerung oder im Verkaufsort Unzulänglichkeiten, Unreinlichkeiten oder Verschmutzungen feststellt, kann die Behörde noch lange nicht einschreiten. Wenn Kartoffel und Mehl längere Zeit miteinander in Kontakt kommen, wo sich die Kartoffel noch im Rohzustand befindet, kann man nach der derzeitigen Lage faktisch nichts dagegen tun. Ebensokann man nichts dagegen tun, wenn Waren so daliegen, daß jeder darauf niest oder sie anhustet.

Auch die Folgen von etwaigen Atomversuchen werden überprüft. Um eine allfällige radioaktive Verseuchung bei Gemüse, Obst oder Kartoffeln festzustellen, werden Proben aus mehreren Anbaugebieten gezogen und zu einer radiologischen Untersuchung geschickt.

Im Sinne des Lebensmittelgesetzes wird auch die Verwendung bestimmter Kunststoffe zur Herstellung von Geschirr und Geräten für den Lebensmittelverkehr und anderes mehr überprüft. Ebenso werden Erhebungen bei Heil- und Tafelwässern, bei Kosmetikas durchgeführt.

Es kamen fallweise Präparate in den Verkehr, die als verfälscht, falsch bezeichnet oder als gesundheitsschädlich beanstandet waren.

Neue Märkte

Wesentlich ist aber nicht nur die Kontrolle des Verkaufes, sondern auch, daß die Waren auf ansprechenden Märkten dargeboten werden. So betreffen Investitionen des Budgets die teilweise Erneuerung der Marktflächen am Simmeringer Markt und am Nußdorfer Markt. Auch in verschiedenen Objekten der Großmarkthalle sind Instandsetzungsarbeiten vorgesehen.

Die Errichtung von Neumärkten ist vor allem dort vorgesehen, wo in den Randgebieten der Stadt eine große Anzahl von neuen Wohnvierteln entstand. Das vordringlichste Projekt ist die Errichtung eines Lebensmittelkleinmarktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk. Als erste Baustufe sollen 24 feste Marktstände entstehen, mit einem Landparteienplatz, Lieferstraßen und Marktplätzen. Die Vergrößerung auf das Doppelte wird angestrebt. Sonst steht die Fertigstellung des Umbaues des Hannovermarktes im 20. Bezirk, ein Markt auf dem Obergfellplatz im 21. Bezirk und im neu zu schaffenden Bezirkszentrum Kagran im 22. Bezirk sowie der Umbau der Markthalle im 9. Bezirk im Vordergrund.

Eine allgemeine Untersuchung soll die Notwendigkeit beziehungsweise die Zweckmäßigkeit von neuen Märkten feststellen. Dies soll sowohl dem Konsumenten nützen, ohne andere Einkaufsmöglichkeiten zum Erliegen zu bringen oder zu schädigen. Im Zusammenhang mit den Untersuchungen soll auch das fernere Schicksal des Kleinmarktes am Naschmarkt untersucht werden, wie auch die Betriebe in der Umgebung des Wiener Naschmarktes, die funktionsmäßig dem Markt zugehören.

Zum Marktamt gehören auch die Gelegenheitsmärkte. Der Christkindlmarkt mit seiner reichen Tradition - er wurde im Jahre 1601 aus verkehrstechnischen Gründen das erstemal verlegt - ist in diesem Jahr in der Kalvarienberggasse und am St. Bartholomäusplatz im 17. Bezirk untergebracht. Ein Projekt, den Markt auf dem Teilstück der unbenannten Straße zwischen Bellaria und Ballhausplatz unterzubringen, steht in Prüfung.

Bevor ich zu der brennenden Frage des Großmarktes komme, möchte ich noch folgendes erwähnen: Die Höhe der Eingänge an Marktgebühren ist vom Ausmaß der Marktbeschickung und vom Umfang

der Marktbenützung abhängig. Für das Jahr 1964 war ein Ansatz von 15,730.000 Schilling genehmigt. Er wird aber voraussichtlich nicht erreicht werden. Darum wurde der Ansatz für das Jahr 1965 etwas niedriger mit 15,500.000 Schilling angenommen.

1965 ist ein Betriebsabgang von rund 38 Millionen Schilling zu erwarten. Er ist seit dem Jahre 1953 um das Sechsfache gestiegen und wir bemühen uns damit, einen Beitrag zur Preisstabilität zu leisten.

Großmarktplanung: Der Elefant am Elefantenhaar

Im Budget finden Sie einen Betrag von einer Million Schilling. Diese Million ist sozusagen ein Elefantenhaar. An diesem Haar hängt noch ein Schwanzelr von einigen weiteren Millionen, die uns die Vorbereitung dieses Großmarktes kosten wird. Damit ist es aber natürlich nicht getan, letztlich hängt an diesem Elefantenhaar von einer Million noch ein ganzer Elefant dran, der nach den seinerzeitigen Mitteilungen des Herrn Bürgermeisters ungefähr eine Milliarde für den neuen Zentralgroßmarkt ausmachen wird.

Am 11. März 1963 wurde das erste Ergebnis der Planungskommission, die unter Vorsitz von Hofrat Nechradola getagt hat, der Stadtbauamtsdirektion übermittelt. Am 6. August 1964 erfolgte durch die Magistratsabteilung 23 der Auftrag für die Ausarbeitung einer Grundsatzstudie und eines Funktionsplanes für die technologische und bauliche Planung des Zentralgroßmarktes sowie des Schlacht- und Viehhofes St. Marx. Anfang November hat das Planungsbüro des Bauringes ihre Pläne geliefert, die mit einiger Verspätung auch zu mir gelangten.

Die Planungsvorschläge der Interconstruct weichen wesentlich von den Vorschlägen ab, die seinerzeit von der Planungskommission erstellt wurden. Das Hauptargument dafür liegt darin, daß nach diesen Vorschlägen raschestens zu bauen begonnen werden kann, während nach der bisherigen Planung die Verlegung des Großmarktes vom Naschmarkt erst nach der Fertigstellung des Viehmarktes und der Schlachthöfe erfolgen könnte.

Dies ist ein sehr schwerwiegendes Argument, denn der Großmarkt am Naschmarkt ist schon im Zusammenhang mit der Schnellverkehrsstraße nicht möglich. Außerdem würde ein Weiterführen des Großmarktes am Naschmarkt praktisch die einzelnen Großhandelsbetriebe dazu zwingen, ihre Verkaufsstätten vom Naschmarkt wegzuz-

legen, weil dort ein geordneter Marktverkehr - schon aus verkehrstechnischen Gründen - kaum mehr möglich ist. Daß sich daneben am Matzleinsdorfer Bahnhof ein Nebenmarkt gebildet hat, wurde schon wiederholt erwähnt - kurz, die ehebaldigste Verlegung des Großmarktes am Naschmarkt ist von wesentlicher Bedeutung.

Trotzdem aber ist es bei einem Milliardenprojekt von grundlegender Bedeutung, daß richtig geplant wird. Derzeit bestehen gegen das vorliegende Projekt weitgehende Einwendungen seitens der Benutzer des Blumenmarktes, aber auch des Viktualienmarktes.

Ich bin persönlich der Meinung, daß eine Debatte über diese Fragen der Planung von allen Benützern und allen, die etwas dazu zu sagen haben, von größter Bedeutung ist. Es wäre unverzeihlich, hier sehr große Geldmittel zu investieren und dabei wesentliche Meinungen der Fachleute, aber auch der Laien, vor allem aber der Benutzer überhört zu haben.

Sicher wird es nicht zu vermeiden sein, daß auch der eine oder der andere Querulant etwas dazu zu sagen hat. Aber es ist besser, den einen oder den anderen noch zusätzlich und vielleicht umsonst anhören zu müssen, als vielleicht etwas Wichtiges und späterhin Kostspieliges zu überhören. Freilich die Methode, ein solches Projekt im stillen Kämmerlein auszuarbeiten und dann vorzulegen, ist manchem weniger lästig.

Neue Argumente kommen aber dann schlecht an, weil man etwas sozusagen Fertiges wieder neu beginnen muß und weil man in diesem Zusammenhang immer wieder das Argument der Verzögerung anwenden könnte.

Um hier alle Argumente zu sammeln, wollte ich mich schon im Stadium der Vorplanung nach der Erteilung des Auftrages an die Interconstruct einschalten. Dies wurde aber abgelehnt, weil man nicht wünschte, daß etwas vorzeitig in die Presse komme. Im übrigen wäre der Auftrag eine Sache der Magistratsabteilung der Verwaltungsgruppe VI, die den Auftrag vergibt, wenn er auch in der Verwaltungsgruppe X budgetiert ist. Ich war nicht der Meinung, daß das die richtige Form der Zusammenarbeit ist, denn wenn schon zwischen politischen Gegenspielern eine Zusammenarbeit möglich ist, so müßte sie doch auch zwischen Verwaltungsgruppen und Magistratsabteilungen möglich sein.

Nun ergibt sich diese Diskussion der verschiedenen Standpunkte, nachdem das Vorprojekt vorgelegt wird. Diese Diskussion kostet natürlich Zeit, die wir vielleicht schon durch eine frühere Prüfung verschiedener Argumente hätten einsparen können. Neben der Diskussion bin ich aber der Meinung, daß die verschiedenen Argumente gewogen, mit anderen Worten, gerechnet werden müssen.

Ich bin der Meinung, daß ein solches Milliardenprojekt der Stadt nicht nur von bautechnischen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der daran beteiligten Magistratsabteilungen aus beurteilt werden kann. Freilich wir haben dann das sogenannte Begutachtungsverfahren durch die Marktbenützer, durch die Kammerorganisation. Aber auch schon vor einem solchen Begutachtungsverfahren erscheint es mir wichtig, den Betriebsablauf vom Standpunkt der Marktbenützer, also der Käufer oder der Verkäufer durchzudenken.

Betriebswirtschaftliche Untersuchungen unerlässlich

Die Stadt Wien ist hier in der Lage eines Geschäftsmannes, der seinen Kunden Dienste anbietet. Jeder Geschäftsmann versucht sich, bevor er sein Verkaufsangebot beziehungsweise sein Dienstleistungsangebot erstellt, in die Ansprüche der künftigen Kunden hineinzudenken. Denn er fragt sich mit Recht, ob das Publikum seine Dienste auch annehmen wird.

Wenn nun die Stadt Anlagen für öffentliche Dienste aus Steuermitteln um Milliardenbeträge errichtet, so muß dies umso mehr der Fall sein. Denn jeder Fehler, der hier gemacht würde, bringt nicht nur den Benützern der Märkte späterhin tägliche Unbequemlichkeiten mit sich. Denn **letztlich** verteuert er das Marktgeschehen zu Lasten aller Konsumenten. Jeder Fehler in der Investition wirkt sich nämlich durch tägliche oder jahrzehntelange Wiederholung schließlich in Beträgen aus, die die Investitionen bedeutend übersteigen können und damit schließlich das Sozialprodukt aller Wiener mindern.

Darum halte ich betriebswirtschaftliche Untersuchungen, wie sich die Marktplanung auf die konkrete Benützung der Märkte durch Käufer und Verkäufer auswirken, für unerlässlich. Solche Ziffern und solche Untersuchungen liefern erst die Grundlage für eine demokratische Diskussion. Dadurch kann man die Diskussion sachlicher gestalten. Auf keinen Fall wollen wir aber mit dieser Diskussion Schluß machen, wenn sie uns unbequem zu werden scheint. Jedenfalls freue ich mich, daß die Frage des Großmarktes nun endlich in Schwung gekommen ist, und werde gerne alles dazu tun, daß sie möglichst bald einer befriedigenden Lösung zugeführt wird.

Die Pläne für das "neue St. Marx"

Eine dringende Notwendigkeit stellt der Bau einer neuen Großmarktanlage auch für die Schlachthöfe, für den Viehmarkt und für den Fleischgroßmarkt dar. Sind doch die Anlagen sowohl in St. Marx als auch die Großmarkthalle rund 100 Jahre alt. Man merkt es nicht nur am Aussehen, an den ganzen Schwierigkeiten, über die schon im vergangenen Jahr ausführlich gesprochen wurde, angefangen vom Parkplatz bis zur sonstigen Abwicklung. Man merkt es vor allem an der Unwirtschaftlichkeit. Man hat das ja auch in verschiedenen Radio- und Fernsehsendungen überdeutlich vorgesetzt bekommen.

Seit Jahren werden deshalb auch sowohl in St. Marx als auch in der Großmarkthalle nur mehr die unbedingt notwendigen Instandhaltungsarbeiten gemacht. Dies muß wirtschaftlich von Seiten einer sparsamen Finanzverwaltung vertreten werden, ist aber im äußeren Ansehen gegenüber Käufern, Benützern und teilweise den dort Beschäftigten kaum zu vertreten.

Nun liegen die Pläne für den neuen Viehmarkt, den Fleischmarkt und die Schlachthäuser vor. Sie wurden unter Mitwirkung internationaler Fachleute erstellt und sollen in Kürze ebenso der allgemeinen Überprüfung durch die künftigen Benützer unterzogen werden. Vorinformationen dieser künftigen Benützer haben bereits begonnen.

Inzwischen wurde nicht versäumt, alle diejenigen technischen Verbesserungen durchzuführen, die jetzt schon - ohne spätere Verluste bei der Erbauung des Großmarktes - durchgeführt werden können. Dies betrifft die schon in den vergangenen Jahren angeschafften und jetzt vermehrten Kärchergeräte zur besseren Reinigung der

Schlachthäuser, betrifft aber vor allem die neue Schlachtstraße, auf der am 10. Dezember bereits eine Probeschlachtung von zehn Rindern durchgeführt werden konnte. Es konnte dabei festgestellt werden, daß die gesamte technische Einrichtung klaglos und zur vollsten Zufriedenheit funktionierte. Auch verschiedene hygienische Einrichtungen haben sich bewährt. Ich hoffe, daß diese Einrichtung bereits in den ersten Monaten des kommenden Jahres dem Ausschuß vorgeführt werden kann und daß innerhalb des ersten Halbjahres 1965 mit dem vollen Einsatz zu rechnen ist.

Die Schaffung vorbildlicher Markt- und Schlachthofeinrichtungen ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil die Streitfragen Schlachthofzwang, Marktbindung usw. ja auch von der Seite gesehen werden können, wie attraktiv man die Markt- und Schlachthofeinrichtungen für diejenigen macht, die sie benützen sollen.

Veterinärwesen

Im Veterinärwesen erwies sich die Zusammenlegung der Veterinärabteilungen der Bezirke mit anderen Rationalisierungsmaßnahmen als Erfolg. Ein langjähriger Wunsch des Veterinäramtes, wonach alle Wiener Wiederkäuer gegen Maul- und Klauenseuche geimpft werden sollten, wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erfüllt. Im Dezember werden von den Amtstierärzten rund 1.800 Rinder und zirka 500 Schafe und Ziegen auf Kosten des Staatsschatzes geimpft.

Da zunehmend Rohwürste und andere Fleischwaren verzehrt und eingeführt werden, gewinnt die Trichinenbeschau besondere Bedeutung. Auch die Überbeschau, das ist die nochmalige Beschau der Tiere, die auswärts von Wien geschlachtet wurden, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Im Rahmen der veterinärpolizeilichen Überwachung der Milchmeiereien werden zur Zeit monatlich 348 Kühe in den Beständen der Milchmeier klinisch untersucht. Für verschiedene dieser Dienste werden zusätzlich Kräfte nötig sein, so insbesondere eine Erhöhung der Zahl der Trichinenbeschauer.

So gibt es in der Verwaltungsgruppe X unter den großen Problemen, die weit in die Planung unserer Stadt und in jeden einzelnen Haushalt hineinreichen, auch eine Reihe von Tätigkeiten, die alltäglich und unbemerkt sich vollziehen."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Die Budgetberatungen im Rathaus:Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

18. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen sechsten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) referierte:

"Für die Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, die die Magistratsabteilungen 61 bis 66 und 68 bis 70 umfaßt, sind für 1965 385,986.500 Schilling in Ansatz gebracht. Dabei wird die Feuerwehr betriebsmäßig verrechnet, das heißt, der Aufwand für das Personal ist im Ansatz für die Feuerwehr enthalten, während bei den übrigen Magistratsabteilungen nur der Sachaufwand im Voranschlag aufgenommen wurde.

'Von der Wiege bis zur Bahre...'

Mit den Angelegenheiten des Staatsbürgerschafts- und des Personenstandswesens ist die Magistratsabteilung 61 betraut. Ihr gehören auch die Wiener Standesämter an. Sie zählt zu den Dienststellen des Magistrats, die einen sehr starken Kontakt mit der Bevölkerung haben. Rund 150.000 Personen sprechen jährlich bei dieser Abteilung vor.

Gegenüber 1955 haben die Eheschließungen um 1.596, das sind 13 Prozent, die Geburten um 8.049, das sind 61 Prozent, und die Sterbefälle um 1.636 Fälle, das sind sieben Prozent, zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist nur mehr die Zahl der Eheschließungen steigend; die Geburten sind gegenüber 1963 um 2,6 Prozent, die Sterbefälle um 2,2 Prozent abgesunken. Ein besonders schwieriges Kapitel in der Arbeit der Standesämter und der Aufsichtsbehörde sind die Fälle mit Auslandsberührung, Fälle, die nach internationalem Privat- und Verwaltungsrecht zu beurteilen sind. Die Besonderheit liegt darin, daß hier nicht ausschließlich österreichisches Recht anzuwenden ist, sondern auch ausländisches. Diese Angelegenheiten zählen rechtlich zu den schwierigsten und stellen die Behörde oft vor fast unlösbare Aufgaben. Die Zahl dieser Fälle steigt in dem Maße, in dem die Zahl der ausländischen Gäste in Wien zunimmt. Dadurch heiraten immer mehr Ausländer vor Wiener Standesämtern und sind auch immer mehr Geburten zu beurkunden, bei denen ein Elternteil Ausländer ist.

Der letzte Weltkrieg zeigt auf dem Gebiet des Personenstandsrechtes seine Auswirkungen. So befanden sich beim Bundesministerium für Inneres zu Beginn des Jahres 1964 zehntausend Kriegssterbefälle, die in die Sterbebücher eingetragen werden müssen. Die Eintragung ist aber noch von ergänzenden Erhebungen, wie Zeugeneinvernahmen und dergleichen abhängig, die von den Standesämtern durchzuführen sind. Eine starke Zunahme hat die Beurkundung von im Ausland erfolgten Eheschließungen nach § 41 des Personenstandsgesetzes zu verzeichnen.

Eine steigende Tendenz ist auch bei den Namensänderungen durch behördlichen Verwaltungsakt festzustellen. So wurden in diesem Jahr bisher 114 Fälle aufrecht erledigt.-

Der Arbeitsaufwand pro ausgestelltem Staatsbürgerschaftsnachweis wird von Jahr zu Jahr größer, weil die notwendigen Erhebungen, Einvernahmen und Nachtragungen, die zur Überprüfung des tatsächlichen Staatsbürgerschaftsbesitzes erforderlich sind, immer schwieriger werden, je größer der Abstand vom gesetzlichen Stichtag, dem 13. März 1938, wird.

Seit 1945 bis 30. November 1964 wurden in Wien 97.881 Einbürgerungsansuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt. Die Zahl der Einbürgerungen sank von 658 im Jahre 1963 auf 579 im Jahre 1964. Der Personenkreis der Einbürgerungswerber ist ein anderer geworden. Waren es seinerzeit vor allem Volksdeutsche, denen auf schnellstem Wege eine Eingliederung in den Staatsverband ermöglicht werden sollte, so ist heute eine genauere Prüfung jedes einzelnen Einbürgerungswerbers notwendig. Die meisten der Einbürgerungswerber, denen die Staatsbürgerschaft verliehen wird, sind Flüchtlinge im Sinne der Menschenrechtskonvention. Diesen Flüchtlingen wird durch die Einbürgerung auch in rechtlicher Hinsicht eine neue Heimat gegeben und so ihre vollkommene Eingliederung in Österreich ermöglicht.

Viel Arbeit muß für die Feststellung der Staatsbürgerschaft in Zweifelsfällen aufgewendet werden.

Das Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Die Umstellung der Sprengelkartei der Wählerevidenz auf Lochkarten wurde im Frühjahr abgeschlossen.

Dadurch war es möglich; das Wählerverzeichnis für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen zur Gänze auf maschinellen Wege herzustellen. Die sonst durch die Verwendung zahlreicher Schreibkräfte der magistratischen Dienststellen eingetretene Störung des Dienstbetriebes konnte deshalb vermieden werden.

Im Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl wurde die Wiener Gemeindewahlordnung der Rechtslage nach dem Wählerevidenzgesetz angepaßt. Da durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes die Verfassungsmäßigkeit der aus dem Jahre 1949 stammenden Gemeindewahlordnung in Frage gestellt war, erfolgte die Anpassung nicht in Form einer Novelle zur bestehenden Gemeindewahlordnung, sondern auf die Weise, daß das Gesetz als ganzes neu beschlossen und mit seinem Inkrafttreten am 17. August 1964 die bisher in Geltung gestandene Gemeindewahlordnung außer Kraft gesetzt wurde.

Im übrigen wird das Statistische Amt der Stadt Wien wie bei früheren Wahlen die Ergebnisse der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen mit allen Aufgliederungen und mit entsprechenden Vergleichszahlen in einer Broschüre zusammenfassen, mit deren Erscheinen bis zur Mitte des kommenden Jahres gerechnet werden kann.

Auf dem Gebiet des Polizeiwesens ist die Magistratsabteilung 62 unter anderem in Vereinsangelegenheiten tätig. Seit Beginn des Jahres 1964 bis Ende November wurden 289 Vereinsanmeldungen, 266 Statuten- und Namensänderungen und 376 freiwillige Vereinsauflösungen und Löschungen behandelt. In 221 Fällen wurden Vereine behördlich aufgelöst, meistens wegen Einstellung der Vereinstätigkeit. Derzeit bestehen in Wien rund 7.700 Vereine als aufrecht gemeldet, wovon die größte Gruppe mit mehr als 1.600 Vereinen die Sparvereine bilden. Daneben gibt es in Wien noch 1240 Turn- und Sportvereine sowie etwa 900 Vereine, die sich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet betätigen.

Gewerbe- und Zivilrechtswesen

Das Gewerberecht fällt in die Kompetenz der Magistratsabteilung 63.

Im Hinblick auf die geplante Neugestaltung des Gewerbe-rechtes sind im Jahr 1964 auf diesem Rechtsgebiet keine bedeutsamen legislativen Maßnahmen getroffen worden.

Zu erwähnen ist jedoch die Ladenschluß-Gesetz-Novelle vom 17. Juli 1964, BGBl. Nr. 203. Diese Novelle ist vor allem für die anderen Bundesländer von Bedeutung. Es wird darin auch der Landeshauptmann ermächtigt, für den 24. und 31. Dezember einen früheren Ladenschluß festzulegen. Von dieser Bestimmung wird auch in Wien für heuer Gebrauch gemacht werden.

In Wien gibt es derzeit 320 Realgewerbe. Von diesen jahrhundertealten Realgewerben werden viele schon lange nicht mehr ausgeübt und nicht wenige dieser Rechte beziehen sich auf Tätigkeiten, die im heutigen Wirtschaftsleben nicht mehr vorkommen (zum Beispiel Wasserer, Fütterer, Bratelbrater). Im Interesse einer Bestandsaufnahme und zur Bereinigung dieser Materie wurde heuer eine Überprüfung aller Realgewerberechte in die Wege geleitet.

Bei Besprechung des Aufgabenkreises der Magistratsabteilung 64 muß bei Vergleich der Agenden mit den vergangenen Jahren festgestellt werden, daß infolge organisatorischer Änderungen die Zuständigkeit zur Entscheidung über Berufungen in administrativen Bauangelegenheiten an die Magistratsdirektion abgegeben wurde.

Auf legislativem Gebiet beschäftigt sich die Magistratsabteilung 64 mit der Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und mit Stellungnahmen zu einzelnen Bundesgesetzen. So wurde eine Novelle zum Wiener Garagengesetz ausgearbeitet, die nunmehr nach Einlangen der einzelnen Stellungnahmen der Bundesdienststellen bzw. der Kammern dem Wiener Landtag vorgelegt werden wird. Über Anregung der Wiener Stadtbauamtsdirektion wurde die Bauordnung für Wien einer Überprüfung unterzogen, die zwangsläufig längere Zeit dauerte, da auf Grund des Vorschlages der Stadtbauamtsdirektion wesentliche Abänderungen mit weitgehendsten Auswirkungen erfolgen sollen. Auf Grund des Flugzeugabsturzes über der Josefstadt wurde über Auftrag des Herrn Bürgermeisters dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft eine Novellierung der Luftverkehrsregelung vorgeschlagen. Obwohl den Wünschen des Landes Wien nicht hundertprozentig Rechnung getragen wurde, konnte doch unter anderem eine Erhöhung der Mindestflughöhe von 300 auf 800 Meter südlich der Donau und 600 Meter nördlich der Donau sowie eine räumliche Ausdehnung des Flugbeschränkungsgebietes erreicht werden.

Weiter sind einige sehr umfangreiche Gesetzesvorbereitungen im Gang. So wurde die Ausarbeitung einer zeitgemäßen Novelle zum Wiener Gasgesetz vorbereitet, die in absehbarer Zeit dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Des weiteren wird eine zusammenfassende gesetzliche Regelung des Straßenerhaltungs- und Verwaltungswesens ins Auge gefaßt. Auch hier wurden umfangreiche Besprechungen durchgeführt. Auch sei hier auf die äußerst wichtigen Kompetenzen in Elektrizitäts-, Luftfahrts-, Eisenbahn- und Ersatzvornahmesachen, weiter auf die Zuständigkeit zur Genehmigung von Grundabteilungen - hier allein etwa 2.000 Fälle im Jahr -, zur Durchführung von Enteignungsverfahren und zur Erteilung von Baubewilligungen bei Bundesbauten hingewiesen.

Die Magistratsabteilung 65 - Zivilrechtsangelegenheiten - ist gleichsam die Rechtsanwaltskanzlei der Stadt Wien und hat dementsprechend alle jene Aufgaben zu besorgen, die üblicherweise in den Arbeitsbereich einer Rechtsanwaltskanzlei fallen. - Sie hat die Stadt Wien in zivilgerichtlichen und strafgerichtlichen Verfahren sowie vor Verwaltungsbehörden, zum Beispiel vor der Wasserrechtsbehörde oder in Patronatssachen vor der Kultusbehörde zu vertreten und nicht zuletzt, wie jede Notariatskanzlei, Verträge zu beurkunden.

Das Bild einer Stadt in Zahlen

Wie jedes Jahr, haben Sie, meine Damen und Herren, bereits das Jahrbuch der Stadt Wien erhalten, für das das Statistische Amt der Stadt Wien verantwortlich zeichnet. Mit Ende 1963 hatte Wien eine Wohnbevölkerung von 1,636.745 Personen. Mit Ende Oktober 1964 konnten wir 1,639.863 Personen in Wien zählen; das bedeutet eine Zunahme von 0,2 Prozent. An Lebendgeborenen wurden von November bis Oktober 20.001 gezählt, das bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Prozent. Frau Stadtrat Jacobi hat auf die Ursachen der geburtenschwächeren Jahrgänge der jungen Mütter bereits hingewiesen. Erfreulicherweise sind aber im gleichen Zeitraum auch die Sterbefälle von 26.120 auf 25.795, in Prozenten um 1,2 Prozent, zurückgegangen. Der Wanderungsüberschuß beträgt im Berichtsjahr 29.025, oder ein Plus von 16,6 Prozent.

Die Ausländerübernachtungen sind von 1,970.910 auf 2,208.635 oder um 12,1 Prozent gestiegen. Aus den Oststaaten konnten wir 1962 78.157 Besucher begrüßen. 1963 waren es bereits 111.365 und 1964 besuchten uns 153.107 Reisegesellschaften und Einzelreisende aus dem Osten. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 37,5 Prozent. Und nun einige Worte zur Verkehrsentwicklung in Wien. Mit Ende Oktober 1964 betrug der Kraftfahrzeugbestand in unserer Stadt 273.174. Das bedeutet eine Zunahme um 6,3 Prozent. Die sinkende Tendenz bei Motorrädern hält weiter an. So ging die Zahl von 34.827 auf 31.901, das ist um 8,4 Prozent weniger, zurück. Aber erstmalig konnten wir auch eine rückläufige Tendenz bei Mopeds feststellen. Heuer wurden nur mehr 48.014, das ist um 1,1 Prozent weniger, gezählt. Auch die Aufwärtsentwicklung bei Personenkraftwagen ist leicht zurückgegangen. Ende Oktober gab es in Wien 209.373 Personenkraftwagen. Das ist eine Steigerung von 9,3 Prozent, während im Jahre 1962 die Steigerung 12,1 Prozent betrug. Die Verkehrsunfälle sind von 13.890 auf 13.871, das ist um 0,1 Prozent, zurückgegangen. Die Verkehrsunfälle mit Personenschaden haben bedauerlicherweise von 7.102 auf 7.489, das heißt um 5,4 Prozent zugenommen. Mit tiefer Erschütterung habe ich jedoch dem Wiener Gemeinderat mitzuteilen, daß die Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang sich von 178 auf 216, also um 22,7 Prozent vermehrt haben. Gerade bei diesen Zahlen zeigt es sich am besten, daß die beste Verkehrsplanung, die größtmögliche Sicherheit bei der Konstruktion der Personenkraftwagen zweitrangig bleiben, und daß es lediglich auf den Lenker, also den Menschen, eines Fahrzeuges ankommt. Bedauerlicherweise muß ich hier feststellen, daß in diesen Zahlen der Alkohol eine nicht unwesentliche Rolle spielt.

Die Grundstückspolitik der Stadt Wien

Der Grundbedarf einer Millionenstadt ist so vielfältig, daß ich nur einige der wichtigsten Ankaufsgründe aufzählen kann. Im Vordergrund steht die Erwerbung von Bauland für die Wohnbautätigkeit. Dann werden Gründe für die Assanierung, für die Verkehrsplanung, für Straßenneubauten und Straßenregulierungen, für Schulen, Sport- und Spielplätze, für Gartenanlagen, Wasserleitungen, für Fluß- und Bachregulierungen, für die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und für die Erweiterung von Friedhöfen benötigt. Im Sinne dieser Grundwünsche der verschiedensten Magistratsabteilungen

des Wiener Magistrates wurde die Bodenpolitik der Stadt Wien im Jahre 1964 intensiv fortgesetzt. In den meisten Wiener Gemeindebezirken wurden Grundflächen beträchtlichen Ausmaßes erworben. Insbesondere in den äußeren Bezirken, wo noch weite Gebiete zu erschließen sind, gelangen umfangreiche Grundkäufe zu vertretbaren Preisen. In den inneren Bezirken Wiens wurden viele Althäuser gekauft, die im Zuge der Assanierungsbestrebungen abgetragen und durch Neubauten ersetzt werden sollen. Die Bemühungen, in den bekannten Assanierungsgebieten Reindorf-Grund und Lichtental Althäuser zu erwerben, führen nur schrittweise zu positiven Erfolgen, da in diesen Gebieten oft überhöhte Preisforderungen oder unerhört hohe Freimachungskosten Schwierigkeiten bereiten. Alte Häuser, die Verkehrshindernisse bilden, wurden gekauft und abgetragen. Für die geplante öffentliche Gartenanlage südlich der Lichtentäler Kirche im 9. Bezirk konnten einige Objekte erworben und müssen noch weitere angekauft werden. An einem Beispiel möchte ich die Preisschwierigkeiten erläutern. Der Besitzer einer zu erwerbenden Liegenschaft fordert einen Kaufpreis von fast 4.000 Schilling pro Quadratmeter. Dieser Preis ist für die Stadt Wien unannehmbar und zeigt deutlich das Fehlen eines Assanierungsgesetzes, da die Bauordnung für Wien hier keinerlei Handhabe für eine Enteignung bietet.

Für Wasserleitungszwecke wurde eine Reihe von Liegenschaften außerhalb Wiens gekauft; zum Teil handelt es sich um größere Grundbesitzungen im Quellschutzgebiet. Die Erwerbung bestandsfreier Gründe ist nur in wenigen Fällen möglich. Meist sind die Gründe verpachtet oder vermietet und müssen zu einer widmungsgemäßen Verwendung freigemacht werden. Aus dieser Tatsache ergeben sich oft schwierige Freimachungsverhandlungen und müssen auch wiederholt Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt werden. Für die Absiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben aus Wohngebieten werden immer wieder Ersatzgrundstücke benötigt, für die gesorgt werden muß. Bei den Grunderwerbungen muß die Gemeinde Wien oft in Konkurrenz mit anderen Interessenten treten. Vor allem in den inneren Bezirken müssen noch vorhandene Einzelbauplätze in exponierter Lage für Bauwerke besonderer Art oder zur Auflockerung der dichten Verbauung dieser Gebiete zu Preisen erworben werden, die an der Grenze der noch vertretbaren Höhe liegen.

In den Zuständigkeitsbereich der Magistratsabteilung 69 fällt auch die Bestellung von Baurechten. Im Jahre 1964 wurde der Ersten Österreichischen Sparcasse ein Baurecht eingeräumt, das die Voraussetzung für die Errichtung einer Garage unter dem Petersplatz schafft.

Damit werden die Bemühungen der Stadt Wien, im Zentrum von Wien Vorsorge für genügend Parkraum zu treffen, fortgesetzt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die in Planung befindlichen Tief- bzw. Hochgaragen, Zedlitzhalle und Rudolfsplatz verweisen.

In der Zeit vom 1. Jänner bis zum 20. November 1964 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 5,639.608 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 236,380.000 Schilling erworben, hiervon entfällt allerdings ein großer Teil auf die für Quellschutz zwecke erworbenen beiden Waldgüter im Schneeberg-Raxgebiet. Veräußert wurden von der Stadt Wien im Jahre 1964 bisher rund 250.000 Quadratmeter.

Die Magistratsabteilung 70 befaßt sich mit rechtlichen Verkehrsangelegenheiten. Die am 1. Oktober 1964 in Kraft getretene Straßenverkehrsordnungsnovelle 1964 beseitigt einige Unklarheiten und paßt verschiedene Bestimmungen der ständig zunehmenden Verkehrsentwicklung an. Der Gesetzentwurf hinsichtlich der Erlassung einer entsprechenden Rechtsgrundlage für die Schulwegpolizei wird in Kürze dem Landtag vorgelegt werden.

Im Zuge der Erledigung der zahlreichen Ansuchen um Taxikonzessionen hat die Magistratsabteilung 70 eine größer Anzahl von Vollkonzessionen erteilt. Die Fachgruppe Personenfuhrwerksgewerbe machte von ihrem Recht auf Berufung Gebrauch und beantragte die Abweisung der Konzessionsansuchen mangels Lokalbedarfes. Diese Berufungen wurden dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorgelegt. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat nun zwar den Standpunkt der Magistratsabteilung 70, daß ein gewisser Lokalbedarf gegeben sei, für richtig befunden, jedoch den Berufungen insoferne Folge gegeben, als es die erteilten vollen Konzessionen auf sogenannte B-Taxi-Konzessionen einschränkte. Gegen diese durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verfügte Beschränkung wurde von einigen der betroffenen Konzessionäre Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben, welcher diesen Beschwerden tatsächlich Folge gab und die Beschränkungsbescheide des Bundesministeriums als ungesetzlich aufhob.

Daraufhin stellten alle Inhaber von beschränkten B-Taxi-Konzessionen Antrag auf Erweiterung durch Wegfall der genannten Beschränkung.

Die Tendenz, gegen Berufungsbescheide in Verkehrsstrafsachen Beschwerden an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes einzubringen, hat auch im Berichtsjahr weiter angehalten. Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 wegen Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften rund 23,5 Millionen Schilling an Strafgeldern eingenommen. In Führerscheinangelegenheiten wirkt sich die strengere Praxis der Polizei, insbesondere bei alkoholisierten Fahrzeuglenkern dahingehend aus, daß in der überwiegenden Anzahl der Fälle die Vertretung der Parteien im Berufungsverfahren durch einen Rechtsanwalt erfolgt.

Die Wiener Feuerwehr

Der Personalstand der Feuerwehr betrug am 31. Oktober 1964 1.266 Mann. In diesem Personalstand ist auch die Rathauswache enthalten.

Der Neubau von Haupt- und Nebenfeuerwachen wird fortgesetzt. So ist für den im Jahr 1963 begonnenen Neubau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt eine dritte Baurate für 1965 mit sechs Millionen Schilling veranschlagt. Mit der Fertigstellung der neuen Hauptfeuerwache ist im Frühjahr 1966 zu rechnen. Im heurigen Jahr wurde mit dem Neubau der Feuerwache Liesing begonnen und für das Jahr 1965 ist dafür eine zweite Baurate von zwei Millionen Schilling vorgesehen. Neben der baulichen Erneuerung ist auch der weitere Ausbau des technischen Feuerwehrdienstes im Gange. Mit Ende dieses Jahres werden an neuen Feuerwehrfahrzeugen im Dienst stehen: sieben Universallöschfahrzeuge, 16 Tanklöschfahrzeuge, vier Rüstfahrzeuge, sechs Kommandofahrzeuge, eine Magirus-Hebekanzel, ein Taucherfahrzeug, ein Schaumlöschfahrzeug sowie zwei Pölzholzfahrzeuge. Für das Jahr 1965 ist im Zuge des Erneuerungsplanes die Anschaffung von weiteren vier Tanklöschfahrzeugen und eines Universallöschfahrzeuges mit einem Kostenaufwand von rund 2,300.000 Schilling vorgesehen.

Die praktische Erfahrung hat ergeben, daß ein einziges Kranfahrzeug für das gesamte Wiener Stadtgebiet nicht mehr ausreicht. Daher wurde die Anschaffung eines weiteren Magirus-Kranfahrzeuges mit 16 Tonnen Hubkraft beschlossen, dessen Kosten rund 1,900.000 Schilling betragen werden. Die erste Rate von 650.000 Schilling wurde im laufenden Rechnungsjahr zusätzlich bewilligt, der Rest von 1,250.000 Schilling ist für das Jahr 1965 veranschlagt.

Die Stadt Wien beabsichtigt aber auch als soziale Maßnahme, für die Feuerwehrbediensteten ein Betreuungsfahrzeug in den Dienst zu stellen, das bei lang andauernden Einsätzen der Mannschaft die Möglichkeit zu Reinigung und Wäschewechsel und zur Einnahme von Speisen und Getränken bieten soll. Der Bedarf nach einem solchen Betreuungsfahrzeug ist besonders beim Großeinsatz Kühlhausbrand Pasettistraße in Erscheinung getreten.

Der Voranschlagsentwurf der Feuerwehr für das Jahr 1965 rechnet mit Einnahmen von 1,545.000 Schilling und sieht Ausgaben in der Höhe von 123,329.400 Schilling vor. Von den Ausgaben entfallen 96,356.000 Schilling, das sind 78,2 Prozent, auf den Personalaufwand, 12,688.400 Schilling, das sind 10,3 Prozent, auf den laufenden Sachaufwand und 9,785.000 Schilling oder 7,9 Prozent auf bauliche Herstellungen und 4,500.000 Schilling oder 3,6 Prozent auf Inventaranschaffungen.

Präsidialbüro, Pressestelle, Zivilschutz

Und nun zum Präsidialbüro: 1964 wurden eine Gnaden-, eine Steinerne, acht Eiserne, 85 Diamantene und 1.104 Goldene Hochzeiter, insgesamt also bereits 1.200 Jubelpaare geehrt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt dies eine Steigerung von 202 Jubelpaaren, damit erreicht in diesem Jahr die Ehrung von Hochzeitsjubiläen Rekordhöhe. Ebenso wurden 710 Neunzigjährige und 19. hundert oder mehr Jahre alte Wiener geehrt.

Aus Anlaß von Kongressen, Tagungen usw. wurden 250 Empfänge veranstaltet. Daran nahmen 34.720 Personen teil, darunter 20.860 Ausländer.

Die seit einigen Jahren in der Volkshalle des Wiener Rathauses veranstalteten Ausstellungen hatten in diesem Jahr einen sehr guten Zuspruch.

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in der Höhe von 3,192.000 Schilling und Ausgaben in Höhe von 3,263.000 Schilling eingesetzt. Die Rathaus-Korrespondenz erscheint wie bisher dreimal täglich. Das Amtsblatt "Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal. Der redaktionelle Teil wurde erweitert und die Zahl der Bilder vermehrt. ./.

Die Auflage wird für das kommende Jahr mit durchschnittlich 5.000 Stück angenommen. Beim Landesgesetzblatt für Wien wird mit einer Auflage von 2.000 Stück gerechnet. Sein Umfang läßt sich nicht bestimmen, weil er von der Zahl und dem Umfang der im kommenden Jahr zu beschließenden Gesetze abhängig ist. Auch der **Bilderdienst** der Pressestelle wird im kommenden Jahr in wachsendem Umfang seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 56, zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen mit aktuellen Fotos versorgen.

Das Stenographenbüro hat in den letzten **zwölf Monaten** acht Landtagssitzungen und zehn Gemeinderatssitzungen stenographisch aufgenommen. Das Schwergewicht lag dabei wieder bei der Ausarbeitung des **Protokolle**s der Budgetdebatte.

Der Zivilschutz ist in einen behördlichen und in einen vereinsmäßigen Sektor gegliedert. Der behördliche Teil ist in seiner Grundorganisation bereits festgelegt. Die amtlichen Stellen waren im Laufe des Berichtsjahres weiter bemüht, jene organisatorischen Maßnahmen, die im Falle von Krisenzeiten notwendig wären, grundsätzlich festzulegen und durch Koordinierung der Länderinteressen auszubauen.

Was den vereinsmäßigen Sektor betrifft, darf ich berichten, daß dessen organisatorischer Aufbau in Wien abgeschlossen ist. Wie Ihnen erinnerlich sein dürfte, haben sich seinerzeit die **Herren** Bezirksvorsteher und die Mitglieder der Bezirksvertretungen bereit erklärt, neben ihrer amtlichen Tätigkeit auch das Aufgabengebiet des Wiener Zivilschutzverbandes zu betreuen. Die konstituierende Generalversammlung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes fand am 22. Juni l.J. statt. Gegenwärtig sind wir bemüht, durch Besetzung einzelner Referate im Sinne der Statuten und der Geschäftsordnung des Landesverbandes jene arbeitsmäßigen Grundlagen zu schaffen, die den Landesverband bzw. dessen Bezirksstellen in die Lage versetzen sollen, seine Hauptaufgabe, nämlich die einer entsprechenden und zweckmäßigen Aufklärung der Bevölkerung unserer Stadt, zu erfüllen.

Das Bundesministerium für Inneres hat seit dem Frühjahr 1962 bis jetzt 64 Kurse von drei bis fünf Tagen durchgeführt, zu denen seitens des Landes Wien 319 Kursteilnehmer entsandt wurden.

Kurse der genannten Art werden auch im nächsten Jahr durchgeführt werden. Die Absolventen aller dieser Kurse bilden somit einen

gewissen Grundstock jener Kräfte, die nötigenfalls zur Erfüllung der Zivilschutzaufgaben tätig sein könnten.

Bisher waren im Budget der beiden letzten Jahre jeweils 500.000 Schilling für 'Zivilschutzorganisationsmaßnahmen' auf den behördlichen Sektor vorgesehen. Nunmehr, nach Gründung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes, erschien es mir notwendig und zweckmäßig, den genannten Betrag für das Jahr 1965 zwar beizubehalten, ihn aber insofern zu teilen, als für das behördliche Aufgabengebiet 200.000 Schilling vorgesehen sind, während 300.000 Schilling für eine allenfalls notwendige Subventionierung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes bereitgestellt wurden."

Stadtrat Sigmund schloß mit dem Dank an alle Mitarbeiter seiner Verwaltungsgruppe und ersucht den Gemeinderat, den Budgetansätzen zuzustimmen.

- - -

Neue Verbindung von der Linken Wienzeile zur Gumpendorfer Straße
=====Bürgermeister Jonas übergab "Gürteldurchbruch" dem Verkehr

18. Dezember (RK) "Wo immer man in Wien Verkehrsbauten errichtet, ist es nicht möglich, jeden für sich allein zu betrachten. Alle diese Bauten passen nahtlos in ein übergeordnetes, größeres Verkehrsnetz". Diese Worte Bürgermeister Jonas' treffen ganz besonders auf das neue Straßenstück des Mariahilfer Gürtels zu, das heute früh dem Verkehr übergeben wurde. Es handelt sich dabei um den Neubau des Inneren Gürtels (den sogenannten "Gürteldurchbruch") von der Linken Wienzeile bis zur Gumpendorfer Straße. Dieses 300 Meter lange Straßenstück ist die erste Bauphase im Rahmen des Gesamtprojektes über den Ausbau des künftigen Gaudenzdorfer Verkehrsknotens von der Schönbrunner Straße bis zum Europaplatz.

Auf diese Tatsache wies auch Baustadtrat Heller hin. Er kündigte dabei an, daß in unmittelbarer Nähe der neuen Straße, direkt neben der Stadtbahnhaltestelle Margaretengürtel eine neue Brücke über den Wienfluß und die Stadtbahn errichtet werden soll, die eine direkte Verbindung vom inneren Margaretengürtel in den 6. Bezirk und damit den Anschluß an den Verkehrsknoten Gaudenzdorf ermöglichen wird.

An der kleinen Feier, in deren Rahmen die Straße dem Verkehr übergeben wurde, nahmen neben Bürgermeister Jonas und Stadtrat Heller auch Landtagspräsident Marek, Stadtrat Dr. Drimmel, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller sowie mehrere Mitglieder des Gemeinderates teil. Die Festgäste wurden von Bezirksvorsteher Krammer begrüßt, der betonte, daß vor allem die Bewohner der näheren Umgebung besonders dankbar für den neuen Straßenabschnitt seien. Sodann richtete der Bezirksvorsteher an die Stadtverwaltung die Bitte, Ersatz für eine kleine Grünanlage zu schaffen, die dem Straßenbau geopfert werden mußte.

2,8 Millionen Baukosten, 10 Millionen Grunderwerbskosten

Stadtrat Heller meinte darauf, die Stadtverwaltung würde in diesem Bezirk gerne mehr Grünflächen errichten, leider stehe ihr aber in Mariahilf fast gar kein Baugrund mehr zur Verfügung.

./.

Im Zusammenhang mit diesem Mangel an Baugründen betonte der Bau-
stadtrat, daß bei dem neuen Straßenstück die Grunderwerbskosten
zehn Millionen Schilling betragen und damit fast das Vierfache
der reinen Baukosten von 2,8 Millionen Schilling erreicht haben.
Abgesehen von diesen horrenden Kosten hat es auch jahrelang ge-
dauert, die Grundstücke für den Gürteldurchbruch freizubekommen.
In einem Fall benötigte man dazu sage und schreibe acht Jahre.

Daran anknüpfend, bezeichnete Bürgermeister Jonas die außer-
ordentlichen hohen Forderungen für die Grundablösen als unge-
rechtfertigt und ungebührlich. Die Gemeinde Wien werde sich auch
im Rahmen eines kommenden Grundenteignungsgesetzes stets bereit
erklären, den echten Gegenwert für ein Grundstück zu bezahlen. Man
könne es jedoch den Steuerzahlern keineswegs zumuten, daß die
Allgemeinheit wegen der Interessen einzelner über Gebühr in Anspruch
genommen werde. Daher müsse es das Bestreben der Stadt Wien sein,
eine gesetzliche Regelung für solche Fälle zu finden. Die Forderung
nach einem modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz werde
also immer dringlicher.

Nachdem Bürgermeister Jonas mit Hilfe von Stadtrat Heller die
Absperrungsbarrieren weggeräumt hatte, schritten die Festgäste den
neuen Teil des Mariahilfer Gürtels ab, der durchgehend 10,5 Meter
bei der Einmündung in die Gumpendorfer Straße 14 Meter breit ist.
Die Bauzeit betrug rund vier Monate. Für die neue Straße mußte
das baufällige Mollardschlüssel abgetragen werden. Der alte Haus-
ein-ang des Schlüssels aber wurde von der Stadt Wien angekauft; er
soll im Rahmen eines Wohnhausbaues in der Nähe seines ehemaligen
Standplatzes wieder aufgestellt werden.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

=====

18. Dezember (RK) Als erster Redner in der Spezialdebatte zur Gruppe X erklärte GR. Lauscher (KLS): Es wäre schön, könnten wir heute feststellen, daß die Preise im abgelaufenen Jahr gesunken sind, ja daß auf Grund der Leistungs- und Produktionssteigerung die Lebenshaltungskosten niedriger geworden sind. Leider müssen wir aber wieder ansteigende Preise feststellen. Der Verbraucherindex liegt für einen vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt um 4,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Berücksichtigt man, daß Wien als Ort der Teuerung nicht separat ausgewiesen ist und auch die Lebensgewohnheiten der Wiener anders sind, so ergibt sich für Wien eine Teuerungsrate von acht bis neun, vielleicht sogar zehn Prozent. Das heißt, daß die Verantwortlichen unserer Stadt zusehen, wenn 100 Schilling im Verlauf eines Jahres nur mehr einen Wert von 90 Schilling haben.

Ein besonderes Kapitel sind die Fleischpreise. Diese Entwicklung hätte ein rechtzeitiges Eingreifen der Gemeinde notwendig gemacht, aber erst auf Grund des zweiten Antrages der Arbeiterkammer hat der Bürgermeister die Marktbindung mit 1. September verfügt, und das war nur mehr ein Wahlschlager. Heute sind die Fleischpreise in Wien bis zu zwölf Schilling höher als vor einem Jahr und nun soll der Strom verteuert werden, eine sogenannte Neuregelung der Tarife der städtischen Verkehrsbetriebe und eine Milchpreiserhöhung sind angekündigt. Der Brotpreis steht ebenfalls zur Diskussion. Würden alle diese Preiserhöhungen in den nächsten Wochen und Monaten wirksam werden, dann würde man den Haushalt der Arbeiter und Angestellten neuerlich schwer belasten, den Schilling weiter abwerten. Das stünde in krassem Widerspruch zu der von der Regierung proklamierten Stabilisierungspolitik. Dabei haben die Gewerkschaften in diesem Jahr eine Stillhaltepolitik auf dem Lohnsektor verfolgt. Das ist eine eindrucksvolle Widerlegung der These, daß die Lohnpolitik an der Teuerung schuld sei. Umgekehrt: Die Löhne laufen den Preisen nach, ohne daß sie sie erreichen können. Eine Begleiterscheinung dieser Entwicklung ist die Zunahme der Überstundenarbeit. Die schädlichen

Folgen für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten und damit auch für die Wirtschaft sind unschwer vorauszusagen.

Die Praxis zeigt, daß auch die in dem sogenannten Stabilisierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen nicht geeignet sind, eine fühlbare Preissenkung herbeizuführen. Eine wirkliche Bekämpfung der Teuerung setzt Maßnahmen zur Eindämmung des Preis- und Marktdiktates der Monopole, und ein Verbot der Kartelle, eine Kontrolle der Preiskalkulation, scharfe Strafbestimmungen gegen Preisbindungen, Preisvereinbarungen und Marktverabredungen sowie gegen Preistreiberei voraus. Das Wichtigste wäre ein effektives Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Preisbildung, eine betriebliche und überbetriebliche Einsichtnahme der Arbeiter und Angestellten in die Preiskalkulation, eine Kontrolle der Profite und Preisbildung. Aber gerade gegen die Durchführung solcher wirksamer Maßnahmen wendet sich die ÖVP mit ganzer Kraft. Mit Worten schmeichelt sie den kleinen Leuten, gibt sich als Volkspartei, in der Tat macht sie den Preistreibern und Profithyänen die Mauer. Es ist nicht zu bezweifeln; für die Unternehmer läßt es sich in unserem Wohlfahrtsstaat sehr gut verdienen und noch besser leben.

Für den Großmarkt St. Marx, einschließlich Schlachthof, liegt nun endlich der Entwurf eines Raum- und Funktionsprogrammes vor und die Vorschläge wurden den Fachabteilungen zum Studium übergeben. Es ist zu hoffen, daß das Vorprojekt raschest ausgearbeitet und dem Gemeinderat zur Stellungnahme vorgelegt wird. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Gruppe X nicht zustimmen.

GR. Peter (FPO) beschäftigt sich mit den Preissteigerungen des vergangenen Jahres. Auch die Ansätze dieser Geschäftsgruppe seien ein Beweis für die inflationistische Tendenz, blieben doch die Einnahmen bestenfalls gleich, während die Ausgaben bedeutend höher präliminiert sind. Die arbeitenden Menschen werden durch diese Preiserhöhungen besonders hart getroffen, da entsprechende Lohnerhöhungen immer erst nachhinken. Der Redner dankt Stadtrat Dr. Frutscher für die allen Gemeinderäten übergebenen ergänzenden Unterlagen zu seinem Referat. Er hält das für einen sehr glücklichen Einfall, der auch von den anderen Stadträten übernommen werden sollte. In den Unterlagen wird auch auf Waren verwiesen, die im letzten Jahr billiger wurden. Sicherlich sind alle Preissenkungen zu begrüßen. Für die Bevölkerung wird es aber finanziell

kaum entscheidend sein, daß der Tee, die Rasierseife und ähnliches billiger geworden ist, während sich Wollstoffe, Leinen, Haushaltsgeräte und vieles andere entscheidend verteuerten.

Zur Marktbindung: Stadtrat Prutscher habe ausführlich darüber gesprochen. Als die Marktbindung seinerzeit verfügt wurde, hat die Bundesinnung der Fleischhauermeister an alle Landtagsabgeordneten ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie mit Argumenten, denen man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen konnte, um die Zurücknahme dieser Verordnung ersuchte. Die Freiheitlichen haben damals einen Antrag vorbereitet, den sie, hätte die ÖVP als zuständigere Vertreterin des Wirtschaftsbundes einen eigenen diesbezüglichen Antrag eingebracht, zurückgezogen hätten, um eine Doppelgeleisigkeit zu vermeiden. Die Volkspartei hat dann nicht nur keinen eigenen Antrag eingebracht, sondern auch den der Freiheitlichen niedergestimmt.

Beim Allgemeinen Sachaufwand sind die Einnahmen mit rund eineinviertel Millionen ungefähr gleich geblieben, während die Ausgaben von rund 39,2 auf 45,5 Millionen stiegen. Diese steigende Tendenz ist von Jahr zu Jahr zu bemerken. Wohin soll das noch führen? Eine ähnliche Entwicklung müsse man bei einer Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben beim Beschaffungsamt und der Magistratsabteilung 57, Liegenschaften, verzeichnen. Die Einnahmen bleiben gleich, die Ausgaben steigen.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Prater Hauptallee endlich für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt wurde. Auch im Wurstelprater müßte man dafür sorgen, daß die Ringelspiele und ähnliche Einrichtungen mit ihren Benzindämpfen die Luft nicht so verpesten. Der Prater ist die windstillste Gegend in unserer Stadt und die Luft sollte daher nicht durch Benzindämpfe verpestet werden. Gerade für die Kinder wäre es notwendig, reine und gute Luft atmen zu können. Vielleicht kann Stadtrat Prutscher auf diesem Gebiet etwas machen.

Zu unternehmen wäre auch etwas gegen die Gelsenplage. Es gäbe heute schon entsprechende Bekämpfungsmittel. Stadtrat Prutscher könnte diesbezüglich vielleicht einmal mit Stadtgardendirektor Auer sprechen.

Der Redner regt an, in den städtischen Parkanlagen und sonstigen Erholungsgebieten mehr Papierkörbe aufzustellen, vielleicht würde man dadurch zu größerer Reinlichkeit in den Anlagen

kommen. Auch die Anstellung von Parkwächtern wäre zweckmäßig.

Zum Thema Märkte: Die Einnahmen sind mit 22,4 Millionen fast gleichgeblieben, während die Ausgaben von 57,7 auf 60,5 steigen. Es wurde schon gesagt, daß die Märkte preisregulierend wirken. Leider tun sie das nicht immer. Die Modernisierung unserer Märkte schreitet weiter, trotzdem muß hier noch viel geschehen. Der Vorgartenmarkt ist schön geworden, leider ist die Verkehrslage etwas schlecht. Es müßte endlich dazu kommen, daß Wien einen modernen Großmarkt erhält, der in eine Großstadt wie Wien hineinpaßt.

Der Redner erneuert die Meinung, es könne nicht Aufgabe der Gemeinde sein, eigene Gasthäuser zu betreiben, mit Ausnahme des historischen und traditionellen Rathauskellers.

Die Gärtner haben in Wien schwer zu kämpfen, besonders weil die meisten nur einen Pachtgrund haben. Erfreulicherweise wird bei Kündigungen sehr kulant vorgegangen.

Der Redner stellt dann die Frage nach dem Wert der Landwirtschaft in der Großstadt und meint, daß sie schon aus ethischen Gründen erhalten bleiben müsse, damit wenigstens ein wenig Bodenverbundenheit übrigbleibt.

Legen Sie mir das jedoch nicht so aus, betont GR. Peter, an die Adresse der Journalisten gerichtet, als ob ich gegen die Industrien wäre.

Er bedauert auch, daß ihm eine sarkastische Bemerkung in den Zeitungen so ausgelegt wurde, aber den Rang eines Reichsredner hat es gar nicht gegeben!

Abschließend gibt der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

GR. Gockner (OVP) spricht über die Probleme im Zusammenhang mit der Neuerrichtung des Großmarktes für Wien. Der bestehende Naschmarkt bringt ja viele Unzulänglichkeiten mit sich. Er hoffe, daß die geplante Lösung möglichst rasch vorangetrieben wird, denn es ist klar, daß es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört, einen gut funktionierenden, modernen Großmarkt zu schaffen. Der Redner verweist dann auf die Unzulänglichkeiten auf dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof. Dort kommen Waren an, die nahezu ohne Kontrolle des Marktamtes verkauft werden. Dabei kommt es immer wieder zu Beanstandungen.

Der Redner erwähnt nachdrücklich, daß es sich bei der neuen Marktplanung um einen Großmarkt und nicht wie vielfach irrtümlich angenommen wird, auch um einen Detailmarkt handelt. Leider konnte für den Großmarkt kein besserer Platz mehr gefunden werden.

Ferner stellt der Redner einen Antrag auf Überprüfung, ob die kommunalen Werkstättenbetriebe in der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten notwendig sind. Es handelt sich dabei um einen Druckereibetrieb, Buchbinderei, Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserwerkstätte. In diesem Zusammenhang stellt der Redner einige Fragen, vor allem, ob die Betriebsrechnungen dieser kommunalen Werkstättenbetriebe nach modernen Gesichtspunkten aufgebaut sind und ob in den Kalkulationen dieser Betriebe Kostenarten aufscheinen, die es bei privatwirtschaftlichen Betrieben nicht gebe.

Abschließend drückt der Redner den Wunsch aus, daß die Marktplanung, aber auch die Überprüfung seines Antrages bald verwirklicht werden.

GR. Binder (SPÖ) verweist darauf, daß aus dem Altmaterialverkauf im kommenden Jahr immerhin drei Millionen Schilling Erlös erzielt werden.

Er anerkennt, daß die Qualität der Einkäufe des Beschaffungsamtes bedeutend gestiegen ist und verweist besonders darauf, daß trotz Preiserhöhungen billigere Lieferungen erzielt werden konnten.

Er vertritt auch die Meinung, daß die große Masse der Fleischhauer an den Preissteigerungen nicht interessiert ist. Diese Preissteigerungen kommen von einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe von Spekulanten. Sicher könne man dem Stadtrat dafür keine Verantwortung auflasten, aber wir können ihn ersuchen, im Interesse der gesamten Bevölkerung zu intervenieren.

Man sollte aber auch an die Käufer, an unsere Hausfrauen appellieren, daß sie die einzelnen Preise miteinander vergleichen und dann dort einkaufen, wo sie dies am billigsten tun können. Außerdem sollten die Käufer auf andere Lebensmittel auszuweichen versuchen, wenn es bei bestimmten Waren zu großen Preissteigerungen kommt. Schimpfen, aber kaufen - so bequem sollten wir es uns nicht machen!

Bezüglich der Marktbindung ist GR. Binder der Meinung, daß man so wenig wie möglich dirigierend eingreifen, den Markt aber trotzdem planen und unterstützen sollte.

Die Marktbindung sei schon deshalb nicht sehr wirksam, weil sie nur eine halbe Maßnahme sei; sie gelte ja nur für ein halbes Jahr.

GR. Binder richtet sodann an den Berichterstatter die Bitte, neben der Planung für den Großmarkt die Errichtung anderer Märkte nicht zu vergessen. So haben zum Beispiel die Bewohner der Häuser auf dem Nothnagelplatz in Favoriten große Schwierigkeiten mit der Warenversorgung. Hier sollte man ihnen helfen, umso mehr als die anderen Märkte mustergültig ausgebaut werden.

Im weiteren sagt der Debattenredner, er nehme die Meinung von Stadtrat Dr. Prutscher bei dessen Amtsantritt, die Pläne für den neuen Großmarkt und den Schlachthof wären verstaubt in einer Schublade gelegen, zwar nicht tragisch, er müsse aber betonen, daß der Vorgänger von Stadtrat Dr. Prutscher, Stadtrat Bauer, mit der gesamten SPÖ-Fraktion im Gemeinderatsausschuß stets gut zusammengearbeitet habe. Die Erstellung des ersten Planungsprogrammes sei keineswegs eine leichte Angelegenheit gewesen, und auch in diesem Stadium der Planung sei man schon gewillt gewesen, das Einvernehmen mit allen Interessenten zu pflegen.

Dann kommt GR. Binder auf die Möglichkeit zu sprechen, daß bei der chemischen Vernichtung von Pflanzenschädlingen und anderen Insekten Krankheitserreger und verschiedene giftige Verbindungen auf Umwegen auch in den menschlichen Organismus gelangen können. Dies zu untersuchen, sei auch eine der Aufgabe der Lebensmittelpolizei und des Veterinäramtes.

Auch die Frage des Tierschutzes muß im Zusammenhang mit dem neuen Schlachthof Erwähnung finden. Tierschutz ist nicht identisch mit Tier-Sentimentalität; jedenfalls sind die Mitarbeiter des Schlachthofes St. Marx keine Tierfeinde und es ist völlig unrichtig, wenn manche Meldungen es so dargestellt haben, als würden in St. Marx nur Tierquälereien betrieben. Beim neuen Schlachthof wird man natürlich den Weg des Tieres vom Stall bis zur Schlachtbank möglichst verkürzen.

Die Planung des Großmarktes und der Schlachthöfe ist keine geringere Aufgabe als etwa die Neuplanung des Allgemeinen Krankenhauses. Man wird alles sehr genau überlegen müssen, die Interessenten fragen, die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, und auch

die finanzielle Belastung bedenken. Mit dieser Neuplanung ist uns für Jahrzehnte eine große Verantwortung auferlegt.

GR. Jedletzberger (ÖVP) spricht als Vertreter der Wiener Landwirtschaft über deren Probleme: In Wien gäbe es 645 Weinbaubetriebe, die wegen Personalmangels vielfach auf Hochkulturen übergehen müßten. Die Investitionen hierfür betragen bis zur Ertragsfähigkeit pro Hektar rund 120.000 Schilling. Daher benötigten die Bauer längerfristige Pachtverträge. Auch seien die Genossenschaften zu fördern, die allein imstande wären, Projekte zur Bewässerung der Kulturen zu errichten.

Die 850 Landwirtschaftsbetriebe in Wien würden eine Agrarbehörde brauchen, die etwa die freiwilligen Kommissierungen fördern könnte.

Von den 1.137 Wiener Gartenbaubetrieben existieren 36 Prozent nur auf Pachtflächen. Sie haben ihren Standort vielfach in Gebieten die für Wohn- und Industriezwecke vorgesehen sind. Eine Verlegung solcher Betriebe wird daher unvermeidlich sein. Andererseits kann auf die Produktionsleistungen dieser Betriebe nicht verzichtet werden.

Im Jahre 1963 hat der Wiener Gartenbau 26.000 Tonnen Gemüse angeliefert, das in kürzester Zeit frisch auf den Tisch des Konsumenten gebracht werden konnte. Auch gibt es in Wien heute bereits 550.000 Quadratmeter Glashausfläche zur Erzeugung von Feingemüse. Der Wiener Gemüsebau erzeugt auch genügend Primeurs, die besser und billiger sind als die eingeführten. Im Falle einer Krise und einer Grenzsperre könnte die Wiener Landwirtschaft ihre Produktion so stark steigern, daß die Versorgung der Bevölkerung gesichert erscheint.

Auf der WIG hat der Wiener Gartenbau große Triumphe gefeiert. Von den 2.000 Preisen, die an 29 Nationen vergeben wurden, konnte der österreichische **Erwerbegartenbau** mehr als 900 Preise erringen, von denen 654 auf den Wiener Gartenbau entfielen.

Auch der Wiener Blumen- und Zierpflanzenbau leistet Hervorragendes. Große Bedeutung kommt den Betrieben zu, die sich auf innerstädtischem Grünland befinden.

Sie bilden eine wichtige Abschirmung zwischen Wohnbaugebiet und Industriezone wie etwa bei der Kaiser-Ebersdorfer Straße in Simmering oder zwischen den Industrieanlagen entlang des Donaukanals.

Im Interesse einer klaglosen Versorgung der Großstädter ist die Schaffung des bereits durch Jahrzehnte geplanten Großmarktes überaus wichtig, an dem besonders der Gartenbau interessiert ist.

Leider stehen die Gartenbaubetriebe vor großen Schwierigkeiten. Einmal befindet sich ein Großteil der Betriebe auf Pachtflächen der Gemeinde Wien und die sind vierteljährlich kündbar. Wohl hat die Gemeinde davon noch nie Gebrauch gemacht, trotzdem ist das ein großer Unsicherheitsfaktor. Dazu kommt, daß viele Betriebsinhaber nicht wissen, ob sich ihr Betrieb nach dem Flächenwidmungsplan im Grünland oder im Industriegebiet befindet. Gegenwärtig laufen Planungsarbeiten für die Schaffung eines gärtnerischen Produktionszentrums in Ebling. Dort sollte den Gärtnern eine gesicherte Existenz auf eigenem Grund und Boden geboten werden.

Die Wünsche der Wiener Landwirtschaft sind demnach: Schaffung landwirtschaftlicher Schutzgebiete zur Sicherung von Grund und Boden für die Wiener Landwirtschaft, baldige Beschlußfassung über einen Flächenwidmungsplan, Übergang von Pachtgrund in Eigentum oder zumindest langjährige Pachtverträge, Errichtung der notwendigen Agrarbehörden, größtmögliche Unterstützung bei der Verwirklichung des Gartenbau- und Siedlungsprojektes Ebling. Erleichterung der Bauvorschriften zum Beispiel für den Bau von Hochglasflächen, baldige Verwirklichung des Wiener Großmarktes unter Berücksichtigung der Produzentenwünsche, Lösung des Bewässerungsproblems für den Wiener Weinbau und Lösung der leiligen Wasserfrage im Gebiet von Simmering und Breitenlee.

Die Großstadt Wien kann sich glücklich schätzen, in ihren Grenzen eine leistungsfähige Landwirtschaft zu besitzen. Es muß alles getan werden, sie zu erhalten!

GR. Jodlbauer (SPÖ) hebt die Bedeutung des Veterinärwesens hervor und verweist darauf, daß ständig 70 Amtstierärzte tätig sind, um die Gesunderhaltung des Tierbestandes zu überwachen und damit die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Ebenso hervorzuheben ist die Tätigkeit der Sterilisierungs-Aktiengesellschaft, auch Freibank genannt, die große Mengen Fleisches, das

ansonsten der Vernichtung anheim fallen würde, nach einer strengen gesetzlichen Regelung dem Verbrauch zuführt und verbilligt abgibt.

Eingehend beschäftigt sich der Redner mit dem Standort des Wiener Christkindlmarktes. Es war geplant, ihn in den Volksgarten zu verlegen. Nachdem schließlich alle beteiligten Dienststellen zugestimmt beziehungsweise ihre vorher ablehnende Haltung revidiert hatten, scheiterte das Vorhaben daran, daß der Pächter des Volksgarten-Restaurants an sein ursprüngliches Einverständnis die Bedingung knüpfte, daß ihm Ersatzparkplätze zur Verfügung gestellt werden müßten. Es liegt nun am Wiener Gemeinderat, Vor-sorge zu treffen, daß der Christkindlmarkt endlich einmal einen Platz bekommt, wo er auf Jahrzehnte hinaus bleiben kann. Das kann nur der Platz sein, den der Bürgermeister genannt hat: der Rathausplatz. Hier muß man auch den großen Idealismus des Gremialvorstehers anerkennen, der trotz größter Schwierigkeiten immer alles unternimmt, damit der Christkindlmarkt nicht ausfällt.

Zum Wiener Großmarkt : Seit Jahren wird bei jeder Budget-debatte vom Stadtrat und den Diskussionsredner auf die Notwendigkeit eines Großmarktes, bestehend aus Vieh-, Fleisch-, Gemüse- und Blumengroßmarkt verwiesen. Für seinen Standort wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht. Es war zweifellos der verdienstvolle Einsatz des GR. Adelpoller, der sich als Mandatar des 3. Bezirkes mit dem Problem beschäftigt hat und alle zu überzeugen versuchte, daß mit dem heutigen Gelände des Schlachthofes, des Viehmarktes und der angrenzenden Grundstücke das Auslangen gefunden werden könnte, um dort einen Großmarkt zu konzentrieren. Diese Anregung wurde vom seinerzeitigen Stadtrat Bauer, von Vizebürgermeister Slavik und von Seiten des Stadtbauamtes aufgenommen und man hat versucht, die Möglichkeiten zu sondieren. Von allen Planungen, die den Großmarkt betreffen, müßten jedoch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses X und der Gemeinderat informiert werden. Mit der Ausarbeitung eines Raum- und Funktionsprogrammes für den neuen Wiener Großmarkt und dessen Einrichtungen sind die Vorarbeiten für die Planung in ein entscheidendes Stadium getreten. Um die Vertretung der berechtigten Wünsche und Interessen der Bevölkerung, des Gewerbes und der Wirtschaft zu gewährleisten, stellt der Redner den Antrag, für die Arbeiten zur Errichtung eines neuen Wiener Großmarktes eine gemeinderätliche Kommission zu be-

stellen, die dem Gemeinderat nach Bedarf über den Fortgang der Arbeiten zu berichten hat. In formeller Hinsicht ersucht der Redner den Antrag zur weiteren Behandlung dem Gemeinderatsausschuß X zuzuweisen. Der Redner hofft, daß mit Annahme dieses Antrages die Voraussetzungen geschaffen sind und die gemeinderätliche Kommission ihre Arbeit aufnehmen und von deren Ergebnis dem Gemeinderat von Zeit zu Zeit berichten kann. Der Redner stellt fest, daß alle bestrebt sein sollen, alle Fragen, vor allem die technischen und die fachlichen, bei der Errichtung dieses Großmarktes möglichst unpolitisch zu betrachten, um in gemeinsamer, sachlicher Arbeit das Beste für die Bevölkerung leisten zu können.

Der von GR. Gockner eingebrachte Antrag dürfte im Hinblick auf die Handelskammerwahlen gestellt worden sein. Wozu bringt man derartige Anträge ein, wenn doch die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten immer von einem ÖVP-Stadtrat verwaltet wurde. Gerade Stadtrat Bauer war immer bestrebt, bei den Werkstätten Ordnung und sie so klein zu halten, wie nur möglich. Er selber hat jedoch auch immer darauf hingewiesen, daß diese wenigen kleinen Werkstätten für unsere Verwaltung notwendig sind. Sämtliche Großbetriebe in der Privatwirtschaft haben doch ebenfalls eigene Schlossereien, Tischlereien usw. Unsere Druckerei ist notwendig, weil es im Dienstgebrauch viele Dinge gibt, die hier gedruckt werden müssen, manchmal auch aus Gründen des Amtsgeheimnisses. Wenn diese Druckerei keine Daseinsberechtigung hat, so beweist gerade die Vorlage der Berichte der Stadträte Dr. Drimmel und Dr. Prutscher das Gegenteil. Unsere Haustischlerei springt nur dort ein, wo dringende Arbeiten vorzunehmen sind.

GR. Peter hat über inflationistische Tendenzen unserer Wirtschaft gesprochen. Niemand kritisiert es mehr als die Sozialisten, daß bei der fortschreitenden Expansion der Wirtschaft die Gehaltsempfänger immer mehr eingeengt werden und die eigentlich Leidtragenden sind. Die große Schwierigkeit, der Kapitalkonzentration entgegenzuwirken, besteht darin, daß wir nicht die notwendigen Gesetze hierzu haben.

Diese wird das Parlament beschließen müssen. So sehr die Sozialisten mit dieser Entwicklung unzufrieden sind, muß man aber doch zugeben, daß diese Entwicklung noch besser ist als Arbeitslosigkeit, oder die Entwicklung die wir zwischen 1938 und 1945 erlebt haben, wo es einen Lohn- und Preisstop gab, wo aber die Leute für ihr Geld, das sie verdient haben, nichts bekamen. Der wirtschaftliche Ablauf, wie wir ihn heute haben, trotz all seiner Mängel, ist der Bevölkerung daher immer noch lieber als die Entwicklung vergangener Jahre. Gemeinderat Peter diene mit der Heraufbeschwörung des Inflationsgespenstes weder der Wirtschaft noch der Bevölkerung.

GR. Jedletzberger hat in seinem Bericht auf die Nöte der Landwirtschaft, der Weinbauern und der Erwerbsgärtner hingewiesen. Was hier im Hause für die Besserstellung dieser Berufsgruppen getan werden konnte, wurde immer unternommen, denn gerade die kleineren Betriebe dieses Sektors haben nicht immer den Anteil bekommen, der ihnen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung zusteht. Die Leistungsschau der Gärtner auf der WIG war überaus eindrucksvoll.

Bei der Lösung von Pachtverträgen war die Gemeindeverwaltung immer bemüht, Härten zu vermeiden.

Leider versucht man beim Kapitel Wirtschaft immer wieder, den Sozialisten in die Schuhe zu schieben, daß sie sich mit einem Wirtschaftssystem identifizieren, wie wir es in Osteuropa erleben. Wenn man aber das Parteiprogramm der Sozialisten liest, findet man im Kapitel Wirtschaft den Satz, der klar und eindeutig ausdrückt, was die Sozialisten wollen; nämlich daß die SPÖ eine gerechte Eigentumsordnung erstrebt und ein besser funktionierendes Wirtschaftssystem, in dem der **Gemeinschaft** die volle Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsfaktoren zukommt. Das schließt ein, daß die Unternehmerinitiative, der Wettbewerb und der Preismechanismus im Rahmen einer ausschließlich der Allgemeinheit dienenden Wirtschaft einen weiten Spielraum haben werden. Der Redner zitiert auch das Grundsatzprogramm der Deutschen Sozialisten das ähnlich lautet.

Der Redner hofft, daß diese Zitate und die Haltung der Sozialisten in diesem Haus, die seit 1945 immer wieder neu dokumentiert wird, und zwar die persönliche Freiheit des Einzelnen zu erhalten und ihm seine wirtschaftliche Existenz zu geben, ausreichend dokumentiert wird.

Abschließend dankt der Redner allen Beamten der Gruppe X und den Ausschußmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

StR. Dr. Frutcher geht im Schlußwort auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein: Wann die Unterlagen für den Großmarkt vorliegen werden? Derzeit sind sich die Magistratsabteilungen noch nicht einig. Man nimmt aber an, daß die betriebswissenschaftliche Untersuchung drei Monate dauern wird.

Preisabsprachen konnten nach den Mitteilungen des Marktamtes nicht festgestellt werden. Anzeigen wegen Unterlassung der Preisauszeichnung wurden bis September 108 erstattet und 51 Anzeigen wegen überhöhten Preisen.

Zur Kritik, daß die Marktbindung nicht früher eingeführt wurde: Trotz Marktbindung sind die Preise weiter gestiegen.

Wegen der Gelsenfrage werde er sich mit dem Stadtgartenamt in Verbindung setzen, ebenso wegen der Abfallkörbe.

Daß die Prater Ringelspiele mit Lärmbelästigung verbunden sind: diese Ringelspiele sind alle kommissioniert worden. Außerdem ist aber eine wesentliche Voraussetzung für den Zuspruch, daß diese Dinge Lärm entwickeln.

Der Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof ist für das Marktamt leider sozusagen exterritorial. Dieses Übel werden wir erst durch die Schaffung eines neuen Großmarktes beseitigen können.

Schon in seinem Referat habe er erwähnt, daß eine Untersuchung der allgemeinen Märkte und der Detailmärkte beantragt wurde.

Was die Verzögerung der Planung des Großmarktes betrifft: von der Verwaltungsgruppe X gingen die Pläne im März 1963 an die Baudirektion. Aber erst im August dieses Jahres wurde der Auftrag erteilt. Es scheint, daß von einer übergeordneten Stelle noch nicht entschieden worden war, ob dieser Auftrag von der Baudirektion durchgeführt werden soll.

Was die Giftstoffe betrifft, so ist nach Mitteilung der Veterinärärzte keine Beanstandung unserer Milch erfolgt.

Man könne versichert sein, daß er sich für alle Fragen, die die Bauern betreffen, interessieren werde. Die Kommissierung ist aber nicht nur für die Landwirtschaft von Bedeutung, sondern eine wesentliche Voraussetzung für die Assanierung.

Zu den Gärtnern: Die Sortierungsbestimmungen sind eine wesentliche Voraussetzung der Marktreife. Als Wiener, betonte der Stadtrat, habe es ihn sehr gefreut, daß die inländischen Paradeiser den ausländischen vorzuziehen sind, und das nicht nur aus sprachlichen Gründen.

Die Seuchenbekämpfung bezeichnet Stadtrat Dr. Prutscher als eine der wesentlichsten Aufgaben seiner Verwaltungsgruppe. Er freue sich, daß man in letzter Zeit auf diesem Gebiet besonders gut weitergekommen sei.

Im Zusammenhang mit der Verwertung von Lebensmitteln für die Freibank hebt der Berichterstatter die große Bedeutung dieser Verwendung von Lebensmitteln im Kampf gegen den Hunger hervor.

Christkindlmarkt: Er wisse, daß dies eine Herzensangelegenheit der Wiener und eine Schmerzensangelegenheit von GR. Jodlbauer sei. Die Schwierigkeit bei der Verlegung des Christkindlmarktes auf den Rathausplatz sei aber vor allem darin gelegen, daß die Händler meinen, dorthin würden zu wenig Kunden kommen.

Zu einigen aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen: Bei der Unterscheidung zwischen Planwirtschaft und Wirtschaftsplanung müsse man von den Worten wegkommen und sich dafür mehr den Ziffern und Daten widmen, um etwas über die Erfolge aussagen zu können. Alle Formen der betriebswirtschaftlichen Untersuchung und Überprüfung würden hier dazu beitragen, von Schlagworten und Dogmen auf diesem Gebiet zu Klarheit zu gelangen. Es gebe zwar überall Grenzgebiete, in denen die Dinge hart aneinander stoßen, überall aber müsse es schließlich eine Lösung geben.

Abschließend stellt der Berichterstatter fest, ihm sei mitgeteilt worden, daß sein Vorgänger, Stadtrat Bauer, bei fast allen Sitzungen des Stadtsenats die Weiterbetreibung der Großmarktplanung urgieren habe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP werden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur weiteren Bearbeitung zugewiesen.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

18. Dezember (RK) GR. Maller (KLS) würdigt zunächst die Tätigkeit der Feuerwehr, deren Dienst weit über die einengende Bezeichnung Feuerwehr hinausgeht. Sodann hebt er die Bedeutung der Grunderwerbungen der Gemeinde Wien für Zwecke des Wohnbaues, zur Regulierung von Straßen und Verkehrswegen sowie für die Anlage von Spielplätzen, Sportplätzen und öffentlichen Gartenanlagen hervor. Vielfach denkt allerdings der Inhaber des Grundstückes gar nicht daran, ein im öffentlichen Interesse benötigtes Grundstück oder Althaus zu verkaufen. Das führt dann mitunter zu Auswüchsen wie auf dem Hernalser Friedhof, wo im Friedhofsreich ein Wohnhaus steht. Es ist allerhöchste Zeit, einen derart unwürdigen Zustand zu beseitigen. Seit Jahren wird hier und im Parlament von der Notwendigkeit eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes gesprochen. Das Komische daran ist, daß Vertreter aller Parteien Erklärungen in dieser Richtung abgeben, aber nichts geschieht. Wie lange noch soll darüber nichts als geredet werden? Inzwischen blüht der Bodenwucher fleißig weiter. Der Stadtrat möge seinen ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit der Weg für ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz endlich frei wird.

Der Bisamberg, der ein wichtiger Teil des Wald- und Wiesengürtels ist, sollte als Erholungsgebiet erhalten bleiben. Seine Verbauung muß verhindert werden. Darüber hinaus sollte die Stadt Wien alle Anstrengungen machen, möglichst viele Grundstücke des Bisamberges zu kaufen. Das ist die beste Garantie, daß er der Wiener Bevölkerung als Erholungsgebiet erhalten bleibt.

Weiter erhebt sich die Frage, warum der Voranschlag der Stadt Wien nur im Rathaus zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Es wäre wünschenswert, den Voranschlag auch in den Magistratischen Bezirksämtern zur Einsicht aufzulegen.

Die Wahlordnung ist in mancher Hinsicht abänderungsbedürftig. Auch davon sprechen alle Parteien, nur meint offensichtlich jede etwas anderes. Was die ÖVP in Wien gerne geändert hätte, lehnt sie auf Bundesebene ab, und was die SPÖ auf Bundesebene gerne geändert hätte, lehnt sie in Wien ab. Die ÖVP will sich im Parlament das Privileg sichern, mit weniger Stimmen mehr Mandate zu haben,

die SPÖ will sich in Wien als stimmenstärkste Partei gewisse Privilegien sichern. So kommt es zu der Praxis, daß die SPÖ in Wien zehnmal soviel Stimmen hat wie wir, dafür aber dreißigmal so viele Mandate kassiert. Ähnlich ist es im Verhältnis zur ÖVP. Vom gleichen Wert der Stimme kann keine Rede sein.

Als unzumutbar erachtet es der Redner, in jedem Bezirk, unabhängig von seiner Größe oder Bevölkerungszahl, 30 Bezirksräte zu wählen. Im 1. Bezirk braucht man für ein Mandat in der Bezirksvertretung 578 Stimmen, in Favoriten jedoch 3.018. Daß so etwas nicht gerecht sei und daher geändert werden müßte, liege auf der Hand. Den Ansätzen des 11. Hauptstückes werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Srp (SPÖ) verweist auf einen Antrag aus dem vergangenen Jahr, der sich mit einigen Bestimmungen der Bodenmarkierungsverordnung beschäftigte, die der Gemeinde Wien zum Schaden gereichen. In dieser Verordnung wird bestimmt, daß die Quersfelder bei den Fußgängerübergängen in Grau gehalten sein müssen. Große Verkehrsflächen, wie zum Beispiel der Iraterstern, wurden jedoch schon lange vor Herausgabe dieser Verordnung mit Bodenmarkierungen versehen und mit roten Steinen ausgelegt. In dieser Verordnung heißt es weiter, daß Steine, wenn sie nicht Grau sind, bis spätestens 1966 ausgewechselt werden müssen. Da die Novellierung der Straßenverkehrsordnung zur Zeit der Einbringung des Antrages vor der Tür stand, hat man gehofft, das Handelsministerium würde die Wünsche der Stadtverwaltung berücksichtigen. Leider war das nicht der Fall. Der Redner richtet die Frage an den Stadtrat, was man zu tun gedenkt, um das Auswechseln dieser roten Steine, das Millionen kosten und ein Aufreißen vieler Straßenzüge notwendig machen würde, zu verhindern.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß die Ansätze für das 11. Hauptstück mit 386 Millionen um 23 Millionen unter den Ansätzen des Voranschlages 1964 liegen und um nicht weniger als 126 Millionen unter den tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1963. Tatsächlich beweisen diese Zahlen ja sehr wenig, da sie im Laufe des Jahres immer wieder erhöht werden.

Dieser Unsicherheitsfaktor bei den Ansätzen geht auf die Budgetpost Grundankäufe zurück, die sich in den letzten Jahren als völlig unberechenbar erwiesen hat. So waren 1962 im Voranschlag für Grundkäufe 75 Millionen vorgesehen, 351,8 Millionen wurden aber tatsächlich bereitgestellt. 1963 waren 145 Millionen präliminiert, ausgegeben wurden 267 Millionen. 1964 waren 180 Millionen im Budget und mit der vor kurzem beschlossenen dritten Überschreitung ist man bei 260 Millionen angelangt.

Für das kommende Jahr sind im Voranschlag 150 Millionen veranschlagt. Wieviel man tatsächlich ausgeben will, weiß wahrscheinlich nicht einmal noch der Berichterstatter. Für die Überschreitungen der vergangenen Jahre gab der Stadtrat ja immer plausible Gründe an, so war es 1962 der Ankauf der Draschegründe, 1963 waren es Gründe des Trabrennvereines und weite Flächen im 22. Bezirk und heuer wurden größere Grundkäufe in den Randbezirken vorgenommen. Der Redner erhebt die Frage, ob die Ansätze für 1965 bewußt so niedrig gehalten wurden, weil von vornherein klar ist, daß man weniger Gründe ankauft, weil die Grunderwerbungen der letzten Jahre bereits eine ausreichende Bautätigkeit gewährleisten, oder vielleicht aus dem Grund, auf die Bodenpreise durch nicht allzu große Nachfrage drückend zu wirken. Der Redner ersucht auch um Mitteilung, wieviele Wohnungseinheiten auf den im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Gründen errichtet werden können.

Immer wieder wurde der Ruf nach einem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz laut. Die Freiheitlichen bringen für diese Forderung das notwendige Verständnis auf, aber sie wollen die rechtsstaatlichen Prinzipien gewahrt wissen und auf keinen Fall haben, daß ein Land hier zum Richter in eigener Sache werden kann.

Die Ansätze für den Zivilschutz seien zu gering. Als unzweckmäßig erachtet es der Redner, daß die Mitglieder des Zivilschutzverbandes zu ihrer Tätigkeit mehr oder weniger gezwungen wurden. So wurden die Mitglieder der Bezirksvertretung von der Mitteilung überrascht, daß sie die Träger des örtlichen Zivilschutzes sind. Man hat hier auf Personen zurückgegriffen, die auf Grund ihrer kommunalen und politischen Funktionen nicht die Zeit aufbringen können, sich einer weiteren großen Aufgabe entsprechend zu widmen.

Man muß nicht immer nur an den Kriegsfall denken und daß ein Zivilschutz nur für diesen Fall notwendig wäre. Dem Zivilschutz käme auch bei Naturkatastrophen große Bedeutung zu.

Zu den Bezirksvertretungen: Die Rechte der Bezirksvertretungen müßten erweitert werden. Die Verfassung der Stadt Wien überläßt es dem Gemeinderat zu bestimmen, welche Aufgaben den Bezirksvertretungen übertragen werden. Leider wird von dieser Möglichkeit nur der minimalste Gebrauch gemacht. Man müßte den Bezirksvertretungen das Recht einräumen, in allen wichtigen Bezirksangelegenheiten, bei wichtigen Bauvorhaben usw. ihr Wünsche vorzubringen. Für Zwecke der Verschönerung des Bezirkes müßten den Bezirksvertretungen bestimmte Beträge überlassen werden, die sie nach eigenem Gutdünken verwenden können müßten.

Auf bestehende Mängel in der Wahlordnung wurde von allen Rednern hingewiesen. Vom Grundsatz, daß die Zahl der Mandate im Einklang stehen soll mit der Zahl der Stimmen, sind wir in Wien weit entfernt. Während die Sozialistische Partei für ein Gemeinderatsmandat knapp 955 Stimmen aufwenden mußte und die ÖVP etwas mehr als 10.000 Stimmen, benötigten die Freiheitlichen für ein Mandat 19.620 Stimmen. Das sei so viel, wie in manchen österreichischen Wahlkreisen für ein Nationalratsmandat notwendig ist. Zu den Ausführungen des GR. Maller stellt der Redner fest, daß die Freiheitlichen ihr drittes Mandat auch bekommen hätten, wenn ihnen die erwähnten drei Stimmen gefehlt hätten.

Jetzt, da wir nicht in Terminnot sind, sollten zwischen den Parteien die Gespräche, mit dem Ziele ein gerechtes Wahlrecht zu schaffen, geführt werden.

Als weitere Aufgabe für den Landtag nennt GR. Dr. Hirnschall die schon seit Jahren aufgeschobenen Überarbeitung der Verfassung der Stadt Wien und die Aufnahme des Volksbegehrens in diese Verfassung. Abschließend fordert er erneut die Ergänzung der Geschäftsordnung des Gemeinderates durch Einführung einer Fragestunde.

Die FPÖ-Fraktion werde den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) stellt fest, daß die Gemeinderatswahlen kein großes Loch in das Budget der Stadt gerissen haben.

Er hebt die beachtliche Leistung der Magistratsabteilung 62 bei der Durchführung der Wahlen hervor. Die ÖVP-Fraktion schließt sich den Wünschen nach Einführung des Volksbegehrens in Wien an.

Im folgenden führt der Redner Beweise für das große Interesse der Wiener an der Tätigkeit ihrer Stadtverwaltung an. Dies komme unter anderem auch in der großen Wahlbeteiligung von 64,8 Prozent zum Ausdruck. Bedauerlich sei nur, daß die Zahl der Nichtwähler (188.000) seit 1959 konstant geblieben und damit um 70.000 höher gewesen sei als bei den Nationalratswahlen. Ebenso bedauerlich sei, daß auch die Zahl der ungültigen Stimmen bei den Gemeinderatswahlen, vor allem aber bei den Bezirksvertretungswahlen, höher sei als bei den Nationalratswahlen. 1954 gab es bei den Gemeinderatswahlen 35.000, bei den Bezirksvertretungswahlen 37.000 ungültige Stimmen. 1959 waren diese Zahlen zwar niedriger, aber trotzdem noch immer höher als bei der Nationalratswahl. Dies läßt vermuten, daß vor allem bei den Bezirksvertretungswahlen viele Leute bei der Abgabe ihrer Stimmen Schwierigkeiten haben. Viele wüßten überhaupt nicht, wozu die Bezirksvertretungswahlen gut seien. Vielleicht könnte man überlegen, ob in Zukunft die Manipulation mit zwei Stimmzetteln nicht vermieden werden könnte. Ferner habe die doppelte Zählung, getrennt nach Frauen und Männern, die Bekanntgabe der Wahlergebnisse empfindlich verzögert.

Bei der Entscheidung über die Gültigkeit von Stimmzetteln gebe es oft Streitigkeiten. Man sollte daher überlegen, ob nicht eine der Wahlbehörde, die jetzt das letzte Entscheidungsrecht hat, übergeordnete Instanz geschaffen werden soll.

Im Interesse der zahlreichen Menschen, die durch Krankheit usw. von der Wahl ausgeschlossen sind, urgiert GR.Dr. Glatzl sodann die Einführung der Briefwahl.

Die Stadtverwaltung müsse dafür sorgen, daß es den Wählern so leicht wie möglich gemacht wird. Die Wiener arbeiten an den demokratischen Einrichtungen gerne mit. Das zeigt sich schon darin, daß fast 700 Wiener als Bezirksräte tätig sind. Deshalb sollten auch einige echte Aufgaben an die Bezirksvertretungen weitergegeben werden. So können wir die Wiener vielleicht mehr an der Stadt Wien interessieren.

Bei den Wahlen seien ihm drei Dinge aufgefallen. Erstens, daß die Stadtwahlbehörde nicht in der Wahlnacht zusammengetreten ist. Zweitens: die Fernsehdiskussion. Der Redner regt an, solche Diskussionen öfter, jedenfalls aber vor Wahlen durchzuführen. Drittens ist das Stadtbild bei der Wahlwerbung erfreulicherweise geschont worden.

Abschließend erklärt Dr. Glatzl, die Wiener wissen mit der Demokratie zu leben, darum sollten wir Parteien alles tun, uns dieser Haltung würdig zu erweisen.

GR. Bednar (SPÖ) stellt fest, daß vor allem die jüngeren Kraftfahrer an Unfällen beteiligt sind. Die Fahrschulen beginnen nun, durch neue Schulungsmethoden mehr Wissen zu vermitteln. Wir hoffen, daß dadurch die Zahl der Unfälle sinken wird.

Unter allgemeinem Beifall dankte der Redner den Feuerwehrmännern für ihren Einsatz. Er kommt dann auf die Tankwagenunfälle zu sprechen. Unsere Feuerwehr ist mit allen technischen Mitteln ausgerüstet um solche Katastrophen zu bekämpfen und größeren Schaden abzuwenden. Derzeit sind in Wien 310 Tankwagenzüge zugelassen. Jeder dieser Züge kann zehntausende Liter leicht brennbarer Stoffe mit sich führen. Vorbeugen ist besser als löschen, man sollte daher auch für größere Sicherheit bei diesen Fahrzeugen selbst sorgen.

Was die Luftsicherheit betrifft, so werden wir für Wien eine sehr günstige Lösung gefunden haben, da in Schwechat eine zweite Landepiste angelegt werden soll. Dann werden die Flugzeuge in Hinkunft nicht über das Stadtgebiet fliegen müssen.

In der Grund- und Bodenfrage negiert die ÖVP leider immer wieder unsere Appelle nach notwendigen Gesetzen. Wir müssen aber immer wieder darauf dringen, daß hier Ordnung geschaffen wird.

Als Beispiel dafür, welche Blüten die Bodenspekulation in Wien treibt, sei ein Grundstück im 20. Bezirk erwähnt, das um 65.000 Schilling erworben wurde, und elf Monate später der Stadt Wien um 750.000 Schilling angeboten wurde. Ein Grundstück in Weidlingau kostete den Besitzer 300.000 Schilling und wurde der Gemeinde kurze Zeit später um viereinhalb Millionen offeriert, was eine fünfzehnfache Preissteigerung bedeutet. Gegen solche Spekulationen muß energisch aufgetreten werden.

GR. Dr. Hirnschall muß erwidert werden, daß es für die Stadt Wien keinen "Sättigungsgrad" für Grund und Boden geben kann.

In Zukunft wird das Bedürfnis nach Gründen eher noch steigen, zumal auch einmal mit der Auflockerung der dicht verbauten Stadtteile begonnen werden muß.

Die Beispiele der Donaukanal-Schnellstraße, der geplanten Grünfläche im Lichtental, die Schwierigkeiten bei der Verbreiterung der Erzherzog Karl- und der Grünbergstraße sowie das Problem des Bisamberges beweisen eindringlich die Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Am Bisamberg muß alles darangesetzt werden, um der Bevölkerung Grünland und Erholungsgebiet zu erhalten.

Auch die Verpachtung von gemeindeeigenen Grundstücken birgt Probleme. Wenn diese Gründe wieder gebraucht werden, sind sie meist nur sehr schwer freizumachen. Da gibt es zum Beispiel im zweiten Bezirk in der Engerthstraße ein großes gemeindeeigenes Areal, das verpachtet ist. Es ist eine Trümmerstätte und verunziert die Gegend. Dennoch war der Pächter lange nicht gewillt, der Gemeinde den Grund zurückzugeben. Erst neuerdings scheint sich eine Lösung anzubahnen.

Die Gemeinderäte der ÖVP mögen sich daher für das notwendige Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz einsetzen. Sie könnten an ihre Parteifreunde im Parlament eine diesbezügliche Anfrage richten. Sie würden damit dazu beitragen, daß ein frischer Wind durch die alten Gassen und Höfe Wiens weht und der Bevölkerung in Zukunft ein noch schöneres Wien gebaut werden kann. Die SPÖ wird den Budgetansätzen zustimmen.

Stadtrat Sigmund geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Leistungen der Wiener Feuerwehr ein, die er als ein "Mädchen für alles" bezeichnet. An dem Beispiel des lebensgefährlichen Einsatzes der Feuerwehr beim Wiener Kühlhausbrand zeigt er die rückhaltlose Einsatzbereitschaft der Feuerwehrmänner, die von der Wiener Bevölkerung auch entsprechend gewürdigt wird.

Von dem Bodenbeschaffungsgesetz spreche der Redner nicht deshalb immer wieder, weil es ihm besondere Freude mache. Vielmehr gefährde die derzeitige rechtliche Situation bei der Bodenbeschaffung die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 69 in hohem Maß.

Da es keine verbindlichen Richtpreise für Grundstücke gibt, sind die Beamten immer in Gefahr, entweder durch allzu starken Preisdruck ein Grundstück an andere Kaufinteressenten zu verlieren oder aber bei einem raschen Kaufabschluß den Vorwurf zu erhalten, aus Steuergeldern Überpreise bezahlt zu haben.

Bei den Bisamberg-Gründen war es folgendermaßen: Bei der ersten Fühlungnahme mit dem Besitzer Dr. Georg Mautner-Markhof sagte dieser, die Gründe seien wohl 60 Schilling pro Quadratmeter wert, der Stadt Wien würde er sie jedoch um 40 Schilling verkaufen. Das Erstangebot für die 280.000 Quadratmeter betrug somit 11,2 Millionen Schilling. Dieses Angebot haben wir abgelehnt. Später wurden uns die Gründe über ein Realitätenbüro dann um 30 Schilling (8,4 Millionen) angeboten. Schließlich bekamen wir über eine Mittelperson ein indirektes Angebot, das auf 20 Schilling pro Quadratmeter, das wären 5,6 Millionen lautete. Diesen Preisen steht jedoch gegenüber, daß der Bund für ihm gehörige Flächen auf der Bisambergkuppe nur zwei Schilling pro Quadratmeter gefordert hat.

Ähnlich war es bei den Verhandlungen über die Dresche-Gründe: das Erstangebot betrug 280 Millionen, abgeschlossen wurde mit 210 Millionen. Hinter der ersparten Differenz von 70 Millionen steckt viel zähes Ringen und Geduld der Beamten. Sie mußten sich zahlreichen Beleidigungen, Bestechungsversuchen und Drohungen aussetzen. Daß es dennoch in den letzten Jahren keinerlei Anstand mit den Beamten der Magistratsabteilung 69 gegeben hat, ist Anlaß, diesen die Hochachtung und den Dank des Gemeinderates auszusprechen.

Es ist nicht so, daß wir versuchen, unter Druck zu kaufen. Für uns gibt es nichts anderes als die Kunst, in Verhandlungen den Partner dazu zu bringen einzusehen, daß die Stadt Wien das Grundstück braucht, wobei wir freilich versuchen müssen, unsere schwächere Stellung durch entsprechend höhere Bezahlung auszugleichen. Es ist nicht zu leugnen, daß wir in manchen Fällen gezwungen sind, höhere Preise zu zahlen.

Die Anregung, den Voranschlag auch auf den Magistratischen Bezirksämtern aufzulegen, wird erwogen werden. Es wäre Dienst am Kunden.

Mit der Aufforderung, das Wahlrecht zu ändern, gibt man einem Zwerg eine Riesenaufgabe.

Ich werde dazu nicht imstande sein, sagt der Stadtrat, solange sich nicht die beiden großen Parteien im wesentlichen einigen.

Die Tatsache, daß heuer nur 150 Millionen für Grundkäufe veranschlagt sind, bedeutet nicht, daß die Gemeinde nicht daran denkt, größere Käufe zu tätigen. Es handelt sich hierbei nur um einen ersten Rahmen, weil noch nicht bekannt ist, ob die Möglichkeit zu weiteren Käufen besteht. Sollte eine größere Transaktion in Aussicht sein, wird der Finanzreferent die Mittel zur Verfügung stellen.

Derzeit ist eine Tendenz zu Preissteigerungen in den Außenbezirken nicht mehr zu beobachten; seit ungefähr eineinhalb Jahren haben sich die Preise auf ungefähr gleicher Höhe gehalten.

Der Zivilschutz ist ein sehr empfindliches Kind. Hier besteht in Erinnerung an die Zeit vor 1945 noch eine Abneigung. Langsam tritt zumindest eine Duldung ein. Es ist zu hoffen, daß die Notwendigkeit einer Generalprobe noch lange Zeit oder unendlich hinausgeschoben wird. Wir glauben aber, daß das Notwendigste geschehen ist, daß wir in einem solchen Augenblick vor der Bevölkerung bestehen können.

Man hört oft die Klage, daß die Bezirksvertretungen zu wenig Aufgaben zu bewältigen hätten. Dabei sind keiner anderen Körperschaft so viele Möglichkeiten gegeben, greifen sie doch so tief wie keine andere Körperschaft in das menschliche Leben ein. Sie haben in den verschiedensten Belangen des täglichen Lebens mitzuwirken, sie haben den Raum zwischen Gesetz und den tausendfältigen Erscheinungen des Lebens auszufüllen.

Es sind Bestrebungen im Gange, die Zahl der ungültigen Stimmzettel zu vermindern. Vielleicht kann das durch Perforation der Stimmzettel gelingen. Daß die Stadtwahlbehörde nicht schon in der Wahlnacht zusammengetreten ist, hat seine Ursache darin, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß ihre Tätigkeit oft außerordentlich hinausgezögert wird.

Hinsichtlich der Bodenmarkierungen ist zu hoffen, daß entweder die Frist verlängert oder eine weitere Farbe zugelassen wird.

GR. Bednar hat festgestellt, daß besonders junge Leute stark an den Verkehrsunfällen beteiligt sind. Das drückt sich auch im Führerscheinentzug aus. Wir machen kein Hehl daraus, daß bei jüngeren Leuten der Führerscheinentzug strenger gehandhabt wird, also bei den älteren. Man versucht, die jüngeren Menschen damit noch zu erziehen.

Der Führerscheinentzug ist keine Strafe, sondern ein Erziehungsmittel.

Jenen, die sich über den Lärm der Mopeds ärgern, wie er selbst, teilt Stadtrat Sigmund mit, daß die Zahl der Mopeds im vergangenen Jahr um 500 gesunken ist.

Abschließend ersucht der Referent, den Ansätzen des 11. Hauptstückes die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze einstimmig angenommen.

Wiener Budget angenommen

Der Vorsitzende, GR. Marek (SPÖ), bringt hierauf "Bilanz und Bedeckung" zur Abstimmung. Die entsprechenden Anträge wurden von Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Generalreferat gestellt.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Damit ist das Budget der Bundeshauptstadt Wien für 1965 angenommen.

+

Die Beratungen werden morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für 1965 fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Schwaiger (ÖVP).

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

18. Dezember (RK) Im Anschluß tritt der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen, die von Landtagspräsident Marek eröffnet wird.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referiert Abg. Dr. Habl (ÖVP). Er stellt den vom Immunitätskollegium eingebrachten Antrag, einem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Drimmel wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattzugeben.

In der folgenden Debatte hat sich lediglich Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) zu Wort gemeldet. Er stellt einleitend fest, daß seine

Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Allerdings habe die FPÖ-Fraktion gehofft, Dr. Drimmel würde selbst seine Auslieferung beantragen und vor Gericht zu dem stehen, was er gesagt hatte. Dr. Drimmel habe den FPÖ-Abgeordneten zum Nationalrat Klaus Mahnert bezichtigt, ein Sitzungsprotokoll des parlamentarischen Unterrichtsausschusses gefälscht zu haben. Dr. Schmidt müsse mit Bedauern feststellen, daß Dr. Drimmel nicht den Mut aufbringe, sich selbst zu stellen.

Im Schlußwort betont Dr. Hebl, daß das Immunitätskollegium die Sachlage nur zu prüfen, aber nicht strafrechtlich zu beurteilen habe. Es habe seinen Antrag unter anderem auch deshalb eingebracht, weil in dieser Sache sowohl der Privatankläger als auch sein Anwalt und eine dritte darin verwickelte Person Abgeordnete zum Nationalrat seien und daher die Immunität genießen, hingegen Dr. Drimmel als einziger Beteiligter schutzlos gewesen wäre.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Als zweiter und letzter Punkt steht die Wahl eines Mitglieds des Immunitätskollegiums auf der Tagesordnung, da Landtagsabgeordneter Pfoch (SPÖ) sein Mandat zurückgelegt hat. Von der SPÖ wurde Landtagsabgeordnete Maria Hlawka als neues Mitglied vorgeschlagen. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die Wahl durch Handerheben vorzunehmen, wird einstimmig angenommen. Sodann wird der Wahlvorschlag mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Landtagspräsident Merek schließt die Sitzung des Landtages.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Glückwünsche für alle Wiener von hoher See
=====

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas erhielt heute über die Küstenfunkstelle Norddeich vom Motorschiff Wien folgendes Radiogramm:

"Ihnen Herr Oberbürgermeister und allen Mitbürgern ein herzlich frohes Weihnachtsfest und vollen Erfolg im Neuen Jahr von Ihrem Patenkind Motorschiff Wien = Kapitän und Besatzung."

Das sofort aufgegebene Antworttelegramm des Wiener Stadtoberhauptes lautete:

"Sehr geehrter Herr Kapitän = Im Namen der Wiener Bevölkerung die sich sehr über die Grüße von der hohen See gefreut hat, danke ich Ihnen und Ihrer Besatzung von ganzem Herzen für Ihre freundlichen Glückwünsche = Die Stadt Wien, die jetzt im Glanz der Vorweihnachtszeit steht, sendet Ihnen, Ihren Besatzungsmitgliedern und Ihrem schönen Schiff alle guten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und für eine glückliche Fahrt ins Neue Jahr - Mit freundschaftlichen Grüßen Franz Jonas Bürgermeister der Stadt Wien."

- - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger
=====

18. Dezember (RK) Die neueste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist soeben - 28 Seiten stark - erschienen. Der Wohnungstausch-Anzeiger enthält wie immer Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern und aus dem Ausland.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich. Eine Einschaltung in die nächste Nummer, die am 4. Februar 1965 erscheint, kann bis spätestens 21. Jänner vorgenommen werden.

- - -

Straßenbahnpreis zu den Feiertagen

=====

18. Dezember (RK) Am Freitag, dem 25. (Christtag) und Samstag, dem 26. Dezember (Stephanitag) sowie am Freitag, dem 1. Jänner (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. In diesen Tagen gelten daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 5,50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer-Mödling" und "Kagran-Groß-Enzersdorf", außerdem die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine für Kinder zu 50 g im Tarifgebiet I und II. Ungültig sind die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Dreischilling-Fahrtschein (im Vorverkauf 2,70 Schilling), auf den Aufzählungsstrecken der Autobus-Anschlußlinien der Dreischilling-Fahrtschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 6.30 Uhr bis 14 Uhr, Donnerstag, dem 31. Dezember, von 6.30 bis 16 Uhr, und Freitag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Freitag, dem 25., und Samstag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse Wien 6, Rahlgasse 3, ist am Donnerstag, dem 24., und Donnerstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Samstag, den 9. Jänner, statt.

- - -